

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,20 Mk., monatlich 1,40 Mk.,
 frei im Inland, voraussetzbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. (Vollbezug: Monatlich
 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen erlösen an Postamt,
 Berlin, Postfach 10000, oder an
 die Filialen, eingetragen in die
 1. Postzeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die fliegendste Kolonne
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das selbstebrachte Wort 20 Pf. (zu-
 lässig 2 teigebundene Worte), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengröße
 und Schließungsanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 (Wort über 16 Buchstaben zählt für
 zwei Worte). Anzeigen zum
 Familien- und Anzeigen 20 Pf.,
 politische u. gesellschaftliche Berich-
 tigungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Einrentstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schluß von 6 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 7. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Erfolge in Italien und Frankreich.

**Rückzug der Engländer bei Cambrai —
 Graincourt, Auncy, Cantain, Rohelles
 mit 40 Geviertkilometer Boden zurück-
 gewonnen — 9000 Engländer gefangen —
 Neuer Luftangriff auf London — Der
 Waffenstillstand im Osten perfekt —
 Erstürmung des Monte Meletta, 11 000
 Italiener gefangen.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Dezember
 1917. (W. I. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In dem kaudrischen Kampfgebiet nahm die Artillerieaktivität
 am Abend wieder erheblich an Stärke zu.

Südlich und südwestlich von Rocourves stürmten unsere Truppen
 englische Gräben und stießen bis über die von Bapaume auf
 Cambrai führende Straße vor.

Unter der Einwirkung unserer letzten Angriffserfolge und
 unter dem steten Druck von Norden und Osten räumte der Feind
 zwischen Rocourves und Marcoing seine vordersten Stellungen und
 zog sich auf die Höhen nördlich und östlich von Flesquieres zurück.
 Im schärferen Nachdrängen wurden die Dörfer Graincourt,
 Auncy, Cantain, Rohelles sowie die Waldhöhen nördlich
 von Marcoing genommen. Auf 10 Kilometer Breite haben wir
 unsere Linien bis zu 4 Kilometer Tiefe vorgeschoben.

Auf seinem Rückzuge hat der Feind, soweit es die Zeit noch
 zuließ, die Ortschaften durch Brand und Sprengung zerstört. Die
 Trümmer dieser Dörfer und das zwecklos begonnene Fortdrängungs-
 werk an der nun dem Feinde wieder weit entrückten Stadt Cambrai
 sind die Spuren, die der Engländer von seiner mit so großen
 Hoffnungen begonnenen mit einer schweren Niederlage endenden
 Durchbruchschlacht bei Cambrai für lange Zeiten auf Frankreichs
 Boden hinterläßt.

Die Verluste, die der Feind in den letzten Tagen besonders
 im Bourlon-Walde erlitt, sind außergewöhnlich hoch.

Die Zahl der aus den Kämpfen bei Cambrai eingebrachten
 Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Geschützen
 auf 148, an Maschinengewehren auf 716 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Au der Ailette, in einzelnen Abschnitten der Champagne und
 auf den östlichen Maasufer zeitweilig verstärkte Feueraktivität.

Nördlich von Juvincourt drachten Sturmtruppen von jähnel-
 digem Fortschreiten gegen französische Gräben eine größere Anzahl Ge-
 fangene ein.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus
 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Unsere Flieger haben die
 Gasenanlagen von Calais sowie London, Ebernes, Gravescend,
 Chatam, Dover und Margate mit Bomben angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen
 Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei
 haben mit den bevollmächtigten Vertretern Russlands für die
 Fronten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere, sowie auf
 den türkisch russischen Kriegsschauplätzen in Asien Waffenruhe für
 die Zeit vom 7. 12. 17 12 Uhr mittags bis zum 17. 12. 17
 12 Uhr mittags abgeschlossen.

Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes
 werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Italienische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Der am 4. 12. in den Sieben Gemeinden eingeleitete Angriff
 der Heeresgruppe des Feldmarschalls Conrad brachte große
 Erfolge.

Österreichisch-ungarische Truppen haben die starken italia-
 nischen Stellungen im Meletta-Gebirge erfürmt und gegen mehr-
 fache Gegenangriffe behauptet.

Deutsche Artillerie hat an den Kämpfen mitgewirkt. Bis hier
 wurden 11 000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister,
 Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 6. Dezember 1917, abends. Amtlich.
 Südwestlich von Cambrai wurde Marcoing vom
 Feinde gefäubert.

Von den anderen Fronten bisher nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Dezember 1917. (W. I. S.) Amtlich wird
 verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern wurde zwischen Rußland und den Verbündeten
 eine zehntägige Waffenruhe vereinbart. Beginn für
 alle russische Fronten am 7. Dezember, 12 Uhr mittags. Die
 Waffenstillstandsverhandlungen dauern fort.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Feind hat auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden
 eine schwere Niederlage erlitten. — Am 4. früh drachen
 nach mächtiger Artillerievorbereitung, an der auch deutsche Batterien
 mitwirkten, die Truppen des Generalfeldmarschalls Conrad zum
 Angriff gegen die Gebirgsstellungen des Meletta-Gebietes
 vor. In gewaltiger Ueberdrehung angelegte, reich ausgestattete
 Abwehranlagen stützten die mit aller Zähigkeit geführte
 Verteidigung; hoher Schnee und strenge Kälte erschweren
 das Vormärtskommen, aber sorgfältige Angriffsvorbereitung
 und die Tapferkeit unserer aus allen Teilen Österreichs und
 Ungarns stammenden Angreifer wußten jedweder Gegenwirkung
 Herr zu werden. — Morgens früh stießen der Monte Saba-
 lecke und der Monte Tondarecar; um mittag stand
 das Kaiserjäger-Regiment Nr. 3 auf dem Monte Meletta,
 gegen Abend drach vor unserem umfassenden Ansturm der ita-
 lienische Widerstand auf der Meletta zusammen. Die von Bal-
 lagna heraufstrebenden Berghängen des Gegners wurden durch
 östlich der Brenta stehende Batterien in der Flanke gesaßt.
 In den gestrigen Morgenstunden verlor nach erbittertem
 Ringen der Feind den Monte Somo und die Rückhalts-
 Stellung bei Foga, um 2 Uhr nachmittags streckte, seit 24 Stunden
 völlig eingeschlossen, die tapfere italienische Besatzung auf dem
 Monte Capelgomberto die Waffen. Alles Gelände
 nördlich der Brenzela-Schlucht ist in unserer Hand. Recht großen
 blutigen Opfern dühten die Italiener an diesen zwei Tagen
 über 11 000 Mann an Gefangenen und über 60 Ge-
 schütze ein. Unsere Verluste sind, dank unserer geschickten Kampf-
 führung, gering. Bei Jenson, wo wir seit Wochen auf dem
 westlichen Piave-Fluß stehen, hielt am 4. Dezember das
 auf allen Kriegsschauplätzen hervorragend bewährte Czerländer
 Infanterieregiment Nr. 73 mehrstündigem Ansturm überlegener
 Kräfte siegreich stand.

Der Chef des Generalstabes.

Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen...

Eigentlich sind es drei Vorlagen, die dem Abgeordneten-
 haus zur Beratung vorliegen. Eigentlich handelt es sich auch
 bei der Wahlrechtsvorlage im engeren Sinne um eine ganze
 Reihe von Punkten, um Wahlkreiseinteilung, Wahlalter usw.
 Aber im Grunde geht der Kampf, der erbitterte Kampf, der
 nun ausgefochten wird, um ein einziges: um das gleiche
 Wahlrecht für Preußen.

„Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen“, so singt seit
 Jahrzehnten die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Liedchen.
 Das gleiche Wahlrecht ist heute das Zeichen, in dem das
 neue Preußen des Volks gegen das alte Preußen
 der Junker ringt. Alles andere, so wichtig es an sich sein
 mag, tritt dagegen zurück. Es ist die Bahn, die uns geführt
 Rastalle, Rastalle, der mit scharfem Blick erkannt hatte, daß
 es in der Politik gelte, alle Kraft auf einen, auf den entschei-
 denden Punkt, zu konzentrieren, und der die ganze Kraft der
 Arbeiterschaft konzentrieren wollte auf die Erringung
 des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Siegt das gleiche Wahlrecht, so ist der „entscheidende
 Wendepunkt in der Entwicklung Preußens“ eingetreten, von
 dem Graf Hertling sprach. Nicht, als ob damit alles erkämpft
 wäre, nicht als ob dem Rückschritt dann keine weiteren Posi-
 tionen verblieben. Aber in diesem Augenblick besteht die Mög-
 lichkeit, mit gleichem Wind und gleicher Sonne gegen die
 Feinde des preussischen und deutschen Fortschritts anzu-
 kämpfen. Wenn man uns einwendet, daß mit diesem Sieg
 der Gegner noch nicht vernichtet sei, so werden wir alsdann
 getrost mit den Worten Reisis antworten:

„Die Kunst jetzt lernen wir, ihn zu besiegen
 und sind gewiß, sie weiterhin zu üben.“

Aber diese Entwicklung sehen nicht nur wir, auch der
 Gegner sieht sie. Den jetzigen Herren Preußen fehlt es nicht
 an politischem Instinkt, auch sie konzentrieren ihre Kraft an
 dem entscheidenden Punkt. Der Sturm auf gegen das gleiche
 Wahlrecht hat begonnen.

Die Konservativen kämpfen mit offenem Bistier. Herr
 v. Seydebrand hat am Mittwoch aus seinem Herzen keine
 Mordgrube gemacht. Der Minister Drens, der sich schon
 heute des unauswähllichen Hasses der Rechten verichert halten
 darf, sprach das entscheidende Argument aus, daß draußen auf
 der Wolltalt alle Männer unseres Volkes den gleichen
 Kampf kämpfen, in gleicher Weise ihr Leben in die
 Schanze schlagen. Herr v. Seydebrand nennt diese Erinne-
 rung an das gleich vergossene Blut verächtlich — „allge-
 meine Redensarten“. Für den Einwand, daß die an-
 gebliche so monarchischen Konservativen das Versprechen der
 Krone zu Fall bringen wollen, hat er eine biffige Ausflucht:
 das Versprechen sei unter Ausbeutung der allge-
 meinen Notlage der Krone abgepreßt worden. Man
 sucht niemand hinter dem Ofen, sagt ein Sprichwort, wenn
 man nicht selbst dahinter gelessen hat. Den Großagrariern,
 die jetzt die Notlage des Heeres ausbeuten, um
 sich erhöhte Haferpreise zu erzwingen, muß ja aller-
 dings die Idee einer Erpressung sehr nahe liegen.

Aber Herr v. Seydebrand zeigte sich nicht nur von der
 störrischen Seite. Auch er hat auf einmal sein reformfreund-
 liches Herz entdeckt. Der Mann, der einst das Dreiklassen-
 wahlrecht als das Ideal aller Wahlrechte pries, der auch die
 bescheidenste Reform jederzeit bereitteln half, dem schon das
 direkte und geheime Wahlrecht auf einen Schlag als viel zu
 viel erschien, will jetzt an einer Reform mitarbeiten. Bis
 zum Pluralwahlrecht läßt Herr v. Seydebrand mit sich han-
 deln. Er weiß, warum. Alle Reformen, zu denen er jetzt
 bereit ist, und nach denen vor drei Jahren noch jede preussische
 Regierung mit beiden Händen gegriffen hätte, sind heute un-
 annehmbar für eine Regierung, die sich auf das gleiche
 Wahlrecht verpflichtet hat. Herr v. Seydebrand kann
 heute unbesorgt für jede Reform außer dem gleichen Wahl-
 recht eintreten, denn er weiß ja, daß nichts aus ihr wird,
 wenn das gleiche Wahlrecht fällt. Seine Taktik ist: die Re-
 form zu bereiteln, und dabei so reformfreundlich als nur
 möglich zu erscheinen.

Dieses Spiel wird dem Führer der Rechten erleichtert
 durch die unlagbar schwächliche Haltung der sogenannten
 Mittelparteien. Es gehört schon der Verzweiflungsmut der
 Nutzlosigkeit dazu, wenn der Sprecher desentrums erklärt,
 über die Haltung seiner Partei zu der entscheidenden Frage
 nichts Bestimmtes mitteilen zu können. Und das gleiche Spiel
 spielte am Donnerstag der Nationalliberale Dr. Lohmann.
 In einem Atem nennt er die Begründung der Vorlage „as-
 tadem erbebend“ und spricht gleich darauf von den großen
 Bedenken, die die Mehrheit seiner Fraktion gegen das
 gleiche Wahlrecht habe. Er ist nicht gerade gegen das gleiche
 Wahlrecht, aber — der Sprung vom Dreiklassenwahlrecht zum
 gleichen Wahlrecht ist ihm zu groß! Kann eine Partei die

Lenin und Trozki Träger des Friedenspreises?

Dem Norwegischen Komitee, das über die Verteilung
 des Nobelpreises für Friedensarbeit zu ent-
 scheiden hat, ist von norwegischer sozialdemokratischer Seite der An-
 trag unterbreitet worden, den diesjährigen Nobelfriedenspreis
 Lenin und Trozki zu verleihen. Der Vorsitzende des Komitees,
 der frühere Minister Löwland, hat den Antrag mit dem Hinweis
 darauf beantwortet, daß er zu spät eingereicht sei. In der Tat
 müssen die Kandidaten eines jeden Jahres vor dem 1. Februar ge-
 nannt werden. Er hat weiter darauf verwiesen, daß man noch keine
 richtige Einsicht in die gegenwärtige Lage Russlands haben könne.
 Sollte es aber der jetzigen russischen Regierung
 wirklich gelingen, Frieden und Ordnung zu
 schaffen, so würde ein Antrag, den Friedens-
 preis des nächsten Jahres an Lenin und Trozki zu
 vergeben, ihr durchaus erklärlich halten.

Der Nobelpreis Friedenspreis der alljährlich am Todestage
 Alfrid Nobels, am 10. Dezember, vergeben werden soll, ist seit
 Kriegsbeginn keiner Person mehr zugespochen worden. Die Preis-

summen der Jahre 1914 und 1915 sind friedensfördernden Insti-
 tutionen und Veranstellungen zuerkannt worden. Ueber die Ver-
 wendung des Friedenspreises für 1917 wird dieser Tage entschieden.

Für eine Sozialistenkonferenz in Petersburg.

Basel, 6. Dezember. Nach einem Petersburger Dabas-Bericht
 tritt „Kowaja Schina“ in einem für die Unierten unfreundlichen
 Artikel für eine Konferenz in Petersburg im Gegensatz zur Pariser
 Zusammenkunft ein. An dieser internationalen Konferenz sollten
 die Sozialisten der neutralen und der kriegführenden Länder teil-
 nehmen, sofern sie sich nach Petersburg begeben könnten.

Sozialistische Konzentration.

Bern, 6. Dezember. „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg
 vom 28. November: Die Verständigung der Leninisten
 mit den Sozialrevolutionären und Sozialen
 Internationalisten betreffs der sozialistischen Konzentration
 bedeutet keineswegs, daß die Leninisten ein Jota von ihren Grund-
 lägen aufgegeben hätten, sondern daß die anderen Gruppen die
 fraglichen Grundzüge angenommen haben. Tatsächlich
 liegt ein vollständiger Triumph der Leninisten vor.

Wilson's Kriegsbotschaft.

Eigene Jagdbühnen besser vorzuziehen? Man weiß nicht, ob man solchen schwankenden Gestalten Mut oder Angst machen soll, am besten macht man ihnen beides!

Den einzigen Lichtblick nach den Reden der Vorredner und Lohmann bildet tatsächlich — die Haltung der Regierung. Nach der Rede des Herrn Lohmann ließ sie Friedrich Herrmanns ehemaligen Fraktionskollegen Dr. Friedberg nochmals auf das bestimmteste erklären, daß sie geneigt sei, ihre Vorlage unter allen Umständen durchzuführen, daß die Krone unbedinglich an ihrem gegebenen Wort festhalte. Diese Haltung machte erschütternden Eindruck auf das Haus, um so mehr, als Herr Dr. Friedberg die Möglichkeit einer Landtagsauflösung streifte.

Die Regierung kann nicht weiter drohen als mit ihren versöhnlichen Bemerkungen. Aber die Herren, die heute die Frage des gleichen Wahlrechts etwa in derselben Weise behandeln (oder mißhandeln), wie etwa vor hundert Jahren der Wiener Kongreß die deutsche Einheit, sollen sich über die Folgen ihres Tuns keinen Illusionen hingeben. Läßt der preussische Landtag das gleiche Wahlrecht fallen, dann sind die schweren Erschütterungen unausbleiblich, von denen Graf Hertling am Schluß seiner Rede sprach. Niemand in Deutschland wird die Macht haben, sie aufzuhalten oder einzudämmen.

Verlangt das Dreiklassenhaus, dann wird auch eine Parlamentsauflösung das Volk nicht beruhigen. Wie wird man sich fragen, jetzt soll noch einmal nach dem verrotteten Wahlrecht gewählt werden, das in ganz Deutschland auch nicht einen einzigen Verteidiger mehr findet? Jetzt sollen erst noch einmal die Kriegsgewinner, Kriegsgewinnler, Schieber, Lebensmittelfortreiter und Konjunktur als Wähler erster und zweiter Klasse die Kämpfer von draußen überstimmen und an die Wand pressen! Nochmals will man den Versuch machen, ein Unrecht durch dessen Ruhmstempel zu beseitigen? Das Volk wird sich klar sein, daß es ein Verbrechen mit unauflösbaren Mitteln ist, das Dreiklassenwahlrecht durch eine Wahl nach dem Dreiklassenwahlrecht auszuweichen. Es wird diesem Versuch keine Spur von Vertrauen entgegenbringen, und seine Enttäuschung, die grenzenlose Verfahrtheit der Situation werden ihm den Entschluß ersüßigen, auf jeden Fall zu einem Ausweg zu gelangen.

Das Volk wird sich mit Recht fragen, was denn 443 Männer, gewählt auf Grund eines Wahlrechts, dessen Berechtigung niemand im Lande mehr anerkennt, für eine moralische Berechtigung haben, seine innere Entwicklung aufzuhalten. „Mit diesem Hauslein wollt ihr uns zwingen?“ Dieses Cohnwort würde wie kein zweites auf ein Abgeordnetenhaus zutreffen, das dem in 14 Kriegsjahren herangereiften Volk das gleiche Wahlrecht weigert! Herr Dr. Friedberg warnte die ihm nahestehenden Mittelparteien als besorgter Mentor, er stellte ihnen die Folgen vor Augen, die ihre ablehnende Haltung bei den folgenden Reichstagswahlen nach dem gleichen Wahlrecht für sie haben würde. Hier ist eine Stelle, wo auch die durch das Dreiklassenwahlrecht Gepanzerten sterblich sind!

Aber selbst eine Revanche bei den Reichstagswahlen würde das Volk nicht befriedigen. Denn das Volk will die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, und diese ist auch bei dem radikalsten Ausbau der Wahlen zum Reichstag nicht ohne weiteres gegeben. Die Situation bleibt bestehen, und die inneren schweren Erschütterungen, von denen Hertling sprach, werden unvermeidlich. Wenn es dahin kommen sollte, dann tragen die Verantwortung die, welche heute den Strom der Entwicklung noch abzdämmen suchen. Aber auch die Folgen werden sie zu tragen haben.

Das Hauptinteresse des zweiten Tages der Wahlrechtsdebatten des Abgeordnetenhauses lenkte sich auf das Austrittsrecht des neuen Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der die Aufgabe hatte, im entscheidenden Moment einzutreten, um den Gang der Verhandlungen im Sinne der Regierung zu beeinflussen. Als gewandter Parlamentarier, dem die Momente, von denen sich die Fraktionen beeinflussen lassen, aus langjähriger eigener Erfahrung bekannt sind, löste er seine Aufgabe, wie vorweg bemerkt sei, in recht geschickter Weise. Nach seiner parlamentarischen Vergangenheit, in der er mehr als einmal eine Lanze für das Universalwahlrecht gebrochen hatte, war es für ihn nicht leicht, unumwunden auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten, ohne seiner Ueberzeugung ein Opfer zu bringen. Besonders wirksam war sein Hinweis darauf, daß die Lage jetzt, nachdem die Krone nicht gezwungen, sondern aus freiem Antrieb das freie Wahlrecht verabschiedet habe, völlig verändert sei, daß jetzt die Minister als Diener des Königs verpflichtet seien, für die Einlösung seines feierlichen Versprechens zu sorgen, und als er schließlich seinen letzten Trumpf ausspielte und die Folgen der Ablehnung des gleichen Wahlrechts für die wahlrechtsfeindlichen Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen anzeigte, da wußte man an den Mienen der Zuhörer, daß seine Worte einen großen Eindruck hinterlassen hatten.

Als zur Rede Friedbergs konnte man die Reform als unentschieden bezeichnen. Hatte doch zur allgemeinen Ueberzeugung der Nationalliberalen Dr. Lohmann erklärt, daß der größte Teil seiner Freunde nach wie vor Gegner des gleichen Wahlrechts seien, und konnte man doch aus den Ausführungen Ströbels den Schluß ziehen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im Falle der Ablehnung ihrer weitergehenden Forderungen gegen die ganze Reform stimmen würde. Handelt es sich auch nur um fünf Mann, so spielen doch bei der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses auch fünf Stimmen unter Umständen eine große Rolle, ja sie können vielleicht sogar den Ausschlag geben. Die Kritik, die Ströbel an den Einzelheiten der Vorlage übte, ist im großen ganzen zutreffend und entspricht auch unseren Anschauungen, nur sind wir der Meinung, daß es denn doch über das Ziel geschossen ist, wenn man die ganze Reform als völlig nichtsliegend hinstellt.

Der Rest der Sitzung wurde ausgefüllt durch Reden der Abg. Frhr. v. Jedlich (frl.), der gegen jede Einmischung des Reichstages in preussische Angelegenheiten weitere und als notwendige Konsequenz der Reform die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Gemeindevahlen bezeichnete, und des Polen Senka, der warm für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintrat.

Die Rednerliste verzeichnet für den heutigen Tag, den voraussichtlich letzten der Debatte, noch folgende Namen: v. d. Osten (l.), Herold (B.), Schifferer (natl.), Biemer (Sp.) und Girsch (Soz.)

Die neue Botschaft Wilsons vom 4. Dezember, deren von Neuter wiedergegebenes auf den Krieg bezügliche Stück wir anschließend an den gestrigen Bericht veröffentlicht, zeigt, daß der Leiter der Vereinigten Staaten durch den Waffenstillstand im Osten nicht wankend geworden ist in seinen kriegerischen Absichten. Wenn kein außerordentliches Ereignis eintritt, das die logische Entwicklung unterbricht, wird sich das deutsche Volk darauf gefaßt machen müssen, daß der Endkampf im Westen ausgedämpft wird.

Mit Wilsons Ausführungen sich im einzelnen auseinanderzusetzen, hat wenig Sinn. Hätte er gewünscht, den Krieg zu beenden, so wären die Veränderungen, die seit seiner Antwortnote an den Papst in Deutschland vor sich gegangen sind, für ihn ein genügender Anlaß dazu gewesen. Da er kriegerisch geblieben ist, predigt er den Kampf gegen die „deutsche Autokratie“, obwohl er bereit war, mit der russischen Autokratie Seite an Seite zu stehen und obwohl die gegenwärtige russische Regierung, sicher die demokratischste, die es je gegeben hat, mit der „deutschen Autokratie“ nicht Krieg, sondern Frieden sucht.

Darüber hinaus ist der Versuch Wilsons bemerkenswert, die Bundesgenossen von Deutschland abzudrängen und dieses zu isolieren. So wenig dieser Versuch Aussicht auf Erfolg hat, so soll man doch die Lage, die sich aus Amerikas kriegerischen Absichten ergibt, nicht leichtsinnig unterschätzen. Es ergibt sich daraus für Deutschland der sehr lebhafteste Wunsch, zunächst einmal im Osten einen sicheren dauernden Frieden abzuschließen, der die Völker Europas von der Nachfolge an den Konferenzen nicht abdrängt, sondern ihnen im Gegenteil zeigt, daß mit dem deutschen Volk ein gerechter auch die Lebensinteressen der Gegner achtender Frieden möglich ist. Je mehr das deutsche Volk auf jede nahe Friedenssicht im Westen verzichtet, desto stärker wendet sich seine Hoffnung nach Osten. Die Erfüllung dieser Hoffnung aber wird ihm die Spannkraft verleihen, die ihm auch das letzte Schwere erleichtert und alle Siegesüberfahrt der Gegner endgültig enttäuscht.

An den Gedanken anknüpfend, das schließliche Abkommen müsse mit den Feinden ebenso gut wie mit den Freunden getroffen werden, fuhr Wilson fort:

Aber, wenn ein richtiger Begriff falsch angewendet worden ist, so ist das kein Grund, ihn nicht richtig anzuwenden. Er müßte unter den Schutz seiner wahren Freunde gestellt werden. Laßt uns wiederholen, daß der Autokratie zuerst die völlige Ausschließlichkeit ihrer Ansprüche auf Macht oder Führerschaft in der modernen Welt gezeigt werden muß. Es ist unmöglich, irgendeinen Maßstab der Gerechtigkeit anzuwenden, solange solche Kräfte nicht mattgesetzt oder vernichtet sind, wie die, über welche die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands verfügen. Nicht eher, als bis das vollbracht ist, kann das Recht als Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Völkern eingesetzt werden. Aber wenn es vollbracht ist, wie es mit Gottes Hilfe sicher der Fall sein wird, so werden wir die Freiheit haben, etwas zu tun, was nie vorher getan wurde, und jetzt ist es Zeit, unsere Absicht, dies zu tun, bestimmt auszusprechen: wir werden die Freiheit haben, den Frieden und Gehmut und Gerechtigkeit zu gründen unter Ausschluß aller selbstjünglichen Ansprüche auf Vorteile, selbst bei den Siegern. Lassen Sie hier kein Mißverständnis obwalten:

unsere augenblickliche Aufgabe ist die, den Krieg zu gewinnen.

Nichts wird uns davon je abbringen, bis sie erfüllt ist. Alle Macht, alle Hilfsmittel, die wir besitzen, an Menschen, Geld und Rohmaterialien, sind ihr gewidmet und werden ihr weiterhin gewidmet sein, bis unser Zweck erfüllt ist. Ihr habt ebenso wie ich die Stimme der Menschlichkeit, die lässlich vernehmbarer, deutscher, überzeugender und überredender werden und überall aus dem Herzen der Menschen kommen. Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht mit einem Nachschub irgendwelcher Art enden soll, daß keine Nation, kein Volk bestraft oder beprellt werden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines einzelnen Landes ein schweres, verabsäumungswertes Unrecht begangen. Es ist dieser Gedanke, der in der Formel „Keine Annexionen und keine Kontributionen, keine zur Strafe auferlegten Entschädigungen“ zum Ausdruck gelangt. Gerade weil diese unzeitige Formel ein intuitives Urteil über das Recht der einfachen Menschen der ganzen Welt ausdrückt, wurde sie von den Weisern deutscher Intrige sorgfältig ausgehöhlt, um

die Völker Russlands

und aller anderen Länder, die ihre Agenten erreichen konnten, irrezuführen in der Absicht, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen, ehe die Autokratie ihre endgültige, überzeugende Session erhalten hat und die Völker der Welt das Recht haben, ihre eigenen Schicksale zu bestimmen, Denjenigen, welche den Frieden zustande zu bringen wünschen, ehe der Zweck erreicht ist, empfehle ich, ihren Rat anderswo anzunehmen. Wir wollen nichts davon wissen, und werden den Krieg nur als gewonnen betrachten, wenn das deutsche Volk zu uns durch entsprechend beglaubigte Vertreter sagt, daß es bereit ist, einem Abkommen zuzustimmen, das auf Gerechtigkeit und Ehre des Unrechts, das seine Herrscher begangen haben, beruht. Sie begingen Belgien gegenüber ein Unrecht, das gut gemacht werden muß. Sie dehnten ihre Macht, die sie wieder aufgeben müssen, auch über andere Völker aus, nämlich über Ungarn, über die bisher freien Balkanstaaten, über die Türkei und nach Asien. Wir mißbilligten Deutschland nicht den durch Geschicklichkeit, Fleiß, Wissen und Unternehmungsgelbst erzielten Erfolg, sondern ihn nicht im Wege und waren eher geneigt, ihn zu bewundern. Deutschland hatte für sich ein weites Weltreich von Handel und Einfluß auf, das es sich durch den Weltfrieden gesichert hatte. Wir begünstigten uns, mit dem Wettbewerb der Industrie, der Wissenschaft und des Handels und abzufinden, der für uns durch

Deutschlands Erfolg

mit sich gebracht wurde, mitzutun oder zurückzulassen, je nachdem wir Fähigkeit und Initiative hatten oder nicht. Deutschland zu überstreifen. Aber in dem Augenblick, wo es die friedlichen Triumphe gerneht hatte, warf Deutschland sie weg, um an ihre Stelle zu setzen, was die Welt nie mehr gestalten wird, nämlich die militärische und politische Oberherrschaft durch Waffengewalt, um damit die Rivalen, die es nicht überstreifen konnte, und die es am meisten fürchtete und hasste, an dem Sattel zu heben.

Der Frieden, den wir schließen, muß das Unrecht abstellen; er muß die einstmaligen schönen Landesherrschaften und glücklichen Völker Belgiens und Nordfrankreichs von der preussischen Eroberung und Bedrückung befreien, aber auch die Völker Oesterreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei, sowohl in Europa wie in Asien, von der unerträglich Fremdherrschaft der

militärischen und Handelskontaktskreise befreien. Jedoch sind wir es uns selbst schuldig, zu sagen, daß wir keineswegs wünschlichen, Oesterreich-Ungarn zu schwächen oder zu zerstören ist die Depesche verstümmelt. Es geht uns nichts an, was es mit seinem eigenen Leben industriell oder politisch anfangen will.

Wilson schloß dann weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und strenge Bewachung aller in den Vereinigten Staaten Ankommenden und von dort Abreisenden vor und kündigte eine Gesetzgebung an, durch die alle absichtlichen Verträge gegen Bestimmungen des Präsidenten, betreffend feindliche Untertanen, strafbar gemacht und auch Frauen den für solche geltenden Einschränkungen unterworfen würden. Von werde auch Konzentrationslager und Einschließung derjenigen feindlichen Untertanen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen vergingen, in Gefängnissen und ähnlichen Anstalten vorbereiten müssen, so wie wie andere Verbrecher arbeiten sollten.

Ich bin mir, sagt Wilson weiter, vollkommen klar darüber, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit und Energie auf eine freiwillige, schnelle und erfolgreiche Durchführung der großen Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, gerichtet sein sollte. Wir können das mit um so mehr Eifer und Begeisterung tun, als wir wissen, daß dieser Krieg für uns ein Krieg um hohe Grundzüge ist, die nicht durch selbstische Sucht nach Eroberung erzieht sind, weil wir und alle Welt wissen, daß uns dieser Krieg aufgezwungen wurde, um die Einrichtungen, unter denen wir leben, vor Korruption und Vernichtung zu retten. Die Mittelmächte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Maßgabe der Kriegführung ist eine Verhinderung aller Grundzüge der Menschlichkeit und zivilisierten Ehre. Ihre zünftigen korruptierten die Demokratie und die Gesinnung vieler unter uns. Ihre unselfige Geheimdiplomatie verfuhrte sogar unser Gebiet wegzuschleppen und die Einheit des Staates zu zerreissen. Unsere Sicherheit würde aufhören, unsere Ehre wäre für immer beschmutzt und der Verachtung preisgegeben, wenn wir ihren Triumph zuließen. Sie versuchen selbst die Existenz der Demokratie und der Freiheit zu treffen.

Wilson sagte in seiner Botschaft an den Kongreß weiter: Wir haben nicht die Absicht, oder den Wunsch, Oesterreich-Ungarn Vorschriften zu machen, nur wünschen wir zu sehen, daß alle seine großen und kleinen Angelegenheiten in seinen Händen seien. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und des Türkischen Reiches das Recht und die Gelegenheit zu verschaffen, ihr eigenes Leben sicher zu gestalten und gegenüber der Unterdrückung, der Ungerechtigkeit und den Befehlen fremder Höfe und Parteien ihres Glückes Schicksal zu sein. Deutschland gegenüber haben wir dieselben Absichten.

Wir beabsichtigen kein Unrecht gegen das Deutsche Reich, noch eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten

und würden das eine wie das andere für schlechthin ungenutzbar und vollständig unvereinbar mit unseren Grundzügen halten, denen wir während unseres ganzen Lebens als Nation nachzuleben und die hochzuhalten wir bestraft gewesen sind. Das deutsche Volk läßt sich von den Männern, denen es jetzt möglich ist, es zu betrogen und als seine Herren zu behandeln, erzählen, daß es um das nackte Dasein des Reiches einen Krieg verzwungen Selbstverteidigung führe gegen einen überlegten Angriff. Es gibt keine plumpere und dochbestere Dinge. Wir müssen versuchen, durch völlige Offenheit und Aufrichtigkeit in Bezug auf unsere wirklichen Ziele die Deutschen von ihrer Unrichtigkeit zu überzeugen.

Tatsächlich kämpfen wir für ihre Befreiung

von der Furcht und für unsere Befreiung von der Furcht, wie von der Tatsache ungedachter Angriffe durch Nachbarn und Nebenbuhler durch Männer, die der Welt herrschaft nachjagen. Kein Mensch bedroht das Dasein und die Unabhängigkeit des friedlichen Deutschen Reiches. Das Schlimmste, was zum Schaden des deutschen Volkes geschehen könnte, wäre, daß, wenn es nach dem Kriege weiter

unter den ehrgeizigen intrigierenden Herzen

leben müßte, denen davon liegt, den Weltfrieden zu stören, unter Männern oder Massen, denen die anderen Völker der Welt nicht trauen könnten, es unmöglich sein würde, das deutsche Volk zu der Gemeinschaft der Regierungen zuzulassen. Vielleicht würde es unter derzeit ungunstigen Umständen auch unmöglich sein, Deutschland an dem freien wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen zu lassen, aber das würde keine wirtschaftliche Offensive sein, und eine derzeitige, infolge von Mißtrauen unvermeidliche Lage würde sich naturgemäß durch eine sicher einsetzende Entwidlung von selbst korrigieren. (Hier schloß er die Rede.)

Weiter erklärte Wilson: Was sollen wir nun tun, um diesen Krieg für Freiheit und Gerechtigkeit zu einem gerechten Ende zu bringen? Wir müssen alle Hindernisse des Erfolges gründlich beseitigen und unsere Gesetze nach jeder Richtung hin so einrichten, daß sie den vollen freien Gebrauch unserer Fähigkeiten und Kräfte als kriegerischer Macht fördern. Ein sehr lächerliches Hindernis dafür ist, daß wir zwar mit Deutschland im Kriege sind, aber nicht mit seinen Verbündeten, daher empfehle ich dem Kongreß dringend, den

Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn

sofort zu erklären. Befremdet Sie dieses Ergebnis meiner Ihnen eben gegebenen Beweisführung? Nein! Es ist die tatsächliche unvermeidliche Folgerung aus dem, was ich gesagt habe. Oesterreich-Ungarn ist augenblicklich nicht sein eigener Herr, sondern einfach Vasall der deutschen Regierung, und wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind, und ohne Gefühlschwäche danach handeln. Die österreichisch-ungarische Regierung handelt nicht nach ihrem eigenen Willen oder entsprechend den Wünschen und Gefühlen ihres eigenen Volkes, sondern als Werkzeug einer anderen Nation. Wir müssen ihn entgegenreten und die Mittelmächte als Einheit ansehen; anders kann der Krieg nicht erfolgreich durchgeführt werden. Diefelbe Folgerung würde auch zur Kriegserklärung gegen die Türkei und Bulgarien führen. Auch sie sind Werkzeuge Deutschlands, aber nur Werkzeuge, und stehen unseren sich als notwendig ergebenden Aktionen nach nicht unmittelbar im Wege. Hoffen wir und die Erfordernisse dieses Krieges auch treiben, dahin werden wir gehen, aber mir scheint, daß wir nur dahin gehen sollten, wohin unmittelbar praktische Erwägungen und führen, ohne uns auf andere Erwägungen einzulassen.

Wilson schloß, er habe offen gesprochen, wie die Zeit es erfordere, damit alle Welt wisse, daß die Vereinigten Staaten selbst in dieser schlimmen Zeit ihre Ideale und ihre Grundzüge, um deren willen ihr Name unter den Völkern in Ehren steht, nicht vergäßen.

Ueber 11 Milliarden Dollar Kriegskredite.

Washington, 4. Dezember. (Neuerwerb.) Der dem Kongreß vorgelegte Staatshaushaltsvoranschlag fordert

Zweiter Tag der Wahlrechtsdebatte.

Friedberg für gleiches Wahlrecht.

Abgeordnetenhaus.

102. Sitzung, Donnerstag, den 6. Dezember 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Friedberg, Gergt, Drews, v. Sifenhardt-Rothke, Spahn usw.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlagen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Lohmann (nail.):

Zur Lösung der schweren Aufgabe, unser Vaterland in den ruhigen und hoffentlich dauernden Frieden überzuführen, wünschen wir dem Reichskanzler aus tiefstem Herzen vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall) Den preussischen Ministerpräsidenten werden wir mit freundlicher Beachtung in seiner Tätigkeit verfolgen. (Lebhafter Beifall) Die Schuld, daß das Wahlrecht nicht schon früher reformiert wurde, liegt nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denjenigen Parteien und Personen, welche die Wahlreform verhindert haben. Die Äußerungen des Herrn v. Heidebrand über die Wahlreform sind immer unfreundlicher geworden. (Hört! hört! links.) Gegenüber dem starken Anwalt der Sozialdemokratie im Reich hielten die Konservativen einen desto machtvolleren Hort im preussischen Abgeordnetenhaus für nötig. (Sehr gut! links.) Mit Recht laute Dr. Friedberg: Je mehr man eine unaufhaltbare Reform hinausschiebt, desto radikaler wird sie. Unser Vertrauen folgt Dr. Friedberg auch auf den Ministerstuhl.

Welche Stellung meine Partei zu den Vorlagen einnehmen wird, kann ich noch nicht sagen.

Niemand auch meine Partei nicht, kann sich dem Willen schieben der neuen Zeit entziehen. Unter der Wirkung des Krieges sind einige meiner Freunde für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden, auch sie wünschen jedoch Sicherheiten dagegen, daß die gebildeten und beitragenden Schichten nicht von den Massen einfach erdrückt werden. (Hört! hört! rechts.)

Die große Mehrheit meiner Fraktion hat sehr schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht.

(Hört! hört!) Die Regierung muß sich mit allen Mitteln für die Einführung des Königswortes einsetzen, etwas anderes ist, ob wir daran gebunden sind. Weismann Hollweg ist Schritt für Schritt zum gleichen Wahlrecht gekommen. Die Verantwortung trifft den leitenden Staatsmann. Es ist unerhörte, daß ein Staatsmann, dessen Stellung schwer erschüttert war, einen so grundlegenden Schritt tat, den er vor dem Landtag nicht mehr vertreten würde. (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Im Gegensatz zur Rechten finde ich die Begründung der jetzigen Vorlage geradezu erschreckend. Aber wir haben große Bedenken, ob das Vertrauen zum Volke zu solchen Folgerungen berechtigt, die große Masse hat politisches Interesse meist nur vor Wahlen. (Zuruf links: Reichstagswahlrecht ab schaffen!) Der Sprung vom Klassen- zum gleichen Wahlrecht ist zu groß. Wir sind für Verweisung aller drei Vorlagen an einen Ausschuss. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Natl.)

Abg. Ströbel (U. S.):

Die Rede des Abg. Lohmann hat mich tiefen, daß auf die Nationalliberalen bei dem gleichen Wahlrecht kaum zu rechnen ist. Die nationalliberale Reichstagsfraktion ist für die Reform, die nationalliberale Landtagsfraktion hält sich aber an das Königswort nicht gebunden. Herr Lohmann hat die schöne Stellung der Begründung der Vorlage erteilt, aber der Regierung dürfte es lieber sein, wenn er ihre Absichten mehr unterstützt hätte. Es war die allbekannte nationalliberale Schaukampfpolitik, die sich hier zeigte. Das war überhaupt die Signatur der gestrigen und der heutigen Debatte, daß diese ungeheure Zeit ein einziges Geschlecht

gefunden hat. (Sehr wahr! bei den U. S.) Dabin gebührt auch die Art, wie die Regierung die Vorlage vertreten hat. Freilich will man es erwarten, daß Herr v. Hertling und Herr Dr. Friedberg sich mit Wärme und Energie für die Wahlrechtsvorlage einsetzen, wenn man sieht, daß die Parteien, aus denen diese Minister hervorgegangen sind, eine solche Feindseligkeit gegen die Regierungsvorlage zur Schau tragen. Der Friede wäre bald erreicht, wenn man nur daran ginge, Preußen-Deutschland so zu gestalten, daß es sich im Rahmen der Kulturvölker leben lassen kann. Statt dessen erleben wir eine solche Vorlage. Das reaktionäre preussische System ist die feste Stütze unseres Militarismus und Imperialismus, dem wir letzten Endes diesen grauenhaften Krieg verdanken. (Sehr wahr! bei den Unabh. S.) Wenn Herr v. Heidebrand gefragt hat, wo wäre Preußen bei dem parlamentarischen System geblieben, so muß darauf geantwortet werden: ein demokratisches, ein vernünftiges Preußen wäre nicht in diese schauerliche Katastrophe hineingerannt. (Sehr wahr! bei den Unabh. S.) Wenn Herr v. Heidebrand meint, die Mehrheitsparteien im Reichstage hätten die Rolle des Landes ausgeübt, so muß man ihm entgegenhalten: wer hat denn das Land in diese Katastrophe gebracht? Die Unbesonnenheit der Regierung und der Parteien, die sie dazu ermunterten, daß jenes unglückliche Ultimatum an Serbien erging. (Präsident Dr. Schwerin-Schwyz ruft den Redner zur Ordnung.)

Ein gleiches Wahlrecht ist uns verheißt, aber man denkt nicht daran, die Ungleichheit der Wahlkreise zu beseitigen. Man laßt die Wahlkreise nicht ab nach der Zahl der Einwohner, sondern nach der Größe des Areals, nach der Menge der Rastoffen oder Vieh, die daraus erzeugt werden. Aber man macht doch kein Wahlrecht für das liebe Vieh,

sondern für preussische Staatsbürger. (Sehr gut! bei den Unabh. S.) Ebenso ist die dreijährige Karenzzeit nach dem Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit ein unbilliger Verstoß gegen das gleiche Wahlrecht, begreifen die Erhöhung der Aufenthaltsdauer im Wahlbezirk von sechs auf zwölf Monate. In die mikroskopische Kulturzone Bevölkerung hat gerade der Krieg wieder Millionen seiner Existenz beraubt. Das gleiche Wahlrecht ist verprochen, aber dem größeren Teil des Volkes, den Frauen, verweigert man es nach wie vor nicht. Das sind dieselben Frauen, ohne die wir den Krieg gar nicht hätten durchhalten können. Es ist schrecklich, wenn man ihnen das Wahlrecht noch immer verweigert. (Sehr wahr! bei den U. S.) Ich hätte gewünscht, daß die Frauen durch einen allgemeinen internationalen Frauenfreizug die Durchführung des Krieges überhaupt unmöglich gemacht hätten. (Bravo! bei den U. S.)

Eine Humutung an die Geduld des Volkes ist es, daß man das Herrenhaus noch konservieren will. Das Herrenhaus gehört in die historische Rumpfkammer. (Bravo! b. d. U. S.) Besonders interessant ist die Bestimmung, daß die Regierung auch ohne die Bewilligung des Reichstages weiter wirtschaften können. Unde schließt, alles schlecht: die ganze Vorlage ist nur Füllwerk und paßt nicht hinein in diese Zeit, wo das russische Proletariat sich so unbegrenzte Freiheiten erwirbt. Es scheint uns, als wenn

der Widerstand der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen

gegen das gleiche Wahlrecht auch diesmal wieder von Erfolg begleitet sein wird. Die Freimüthigen glauben, wenn sie nur recht brav sind und alles schlucken, was an schädlichen Bestimmungen in der Vorlage enthalten ist, dann werden die anderen auch für das gleiche Wahlrecht eintreten. Aber durch ein solches demütiges Apportieren wird ein vernünftiges Wahlrecht nicht herbeigeführt, sondern nur durch unablässiges Drängen, durch Kampf. Wäre es der Regierung wirklich ernst damit, das gleiche Wahlrecht zustande zu bringen, so müßte sie selbst dafür sorgen, daß das Volk dem Ansturm der Rechten gegen die Wahlreform mit seinem Ansturm entgegentritt. Aber was sehen wir? Während die Annerzionisten und Imperialisten jede Propaganda treiben können, dürfen wir unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin keine Versammlungen einberufen, die sich mit der Wahlreform beschäftigen. Der Berliner Polizeipräsident hat solche Versammlungen verboten. (Bravo! rechts. Hört, hört! b. d. U. S.) Ich fordere nicht zur Revolution auf; sie kommt, wenn die Bedingungen dafür bestehen, die Sie erzeugen Sie aber, wenn Sie den Krieg noch lange fortzuführen. Wer von Ihnen hätte geglaubt, daß wir ein Jahr U-Sost-Krieg führen müssen ohne greifbaren Erfolg? (Stürmischer Widerspruch. Abg. v. Kröcher: Ueberlassen Sie das Hindenburg! Abg. Adolf Hoffmann: Die Opter bringt das Volk!) Ob Krieg geführt werden soll und wie lange, das kann nicht alle in Hindenburg überlassen bleiben (Stürmischer Widerspruch rechts), sondern das ist Sache des Volkes und ist von der Volksvertretung mitzubestimmen. — Gekoren hat Minister Drews ausgeführt, daß das gleiche Wahlrecht durchaus nicht die

Stimmung des Auslandes

zugunsten Deutschlands beeinflussen soll, und er hat davon gesprochen, daß die angelsächsischen Demokratien im Westen sich mit dem garstigen Nihilismus verbinden haben. Leisende Militärs streben noch jetzt Annerzionen an, und das weiß man im Ausland, über dessen Annerzionen man sich bei uns entrüstet. Das Ausland hat ein Recht, demokratische Friedensgarantien von Deutschland zu fordern. (Stürmischer Widerspruch.) Die militärische Vorgeschichte des Krieges, das Ultimatum an Serbien, wobei auch sehr hochstehende Kreise in Deutschland Verhinderung statt Ermüdung gewünscht hätten, beweisen das. Das Ausland hat kein Vertrauen zu der deutschen Regierung, solange sie sich auf die herrschenden Klassen stützt, in denen die Anschauungen Heidebrands herrschen. Das deutsche Volk wollte diesen Krieg allerdings nicht, und die ungeheure Mehrheit des Herres würde für annerzionlosen Verständigungsfrieden stimmen. Die Vorbedingung für die zukünftige Friedensliebe Deutschlands ist gründliche Reform in Preußen. Was ist das Opfer der Privilegien gegen die furchtbaren Opfer des Volkes! Sie freilich wollen Ihren Geldbeutel schützen und alle Armer beherrschen. Das deutsche Volk aber will länger der Paria sein, es will seinen Frieden mit der Menschheit machen als ein freies Volk, das seine Geschichte selbst bestimmt. (Beifall b. d. Unabh. S.)

Präsident Graf Schwerin-Schwyz gibt unter lebhaftem Beifall dem Heeresbericht bekannt und fügt der Mitteilung der neuen Erfolge im Westen und in Italien die Mahnung hinzu, die Verhandlungen des Hauses auf der Höhe zu erhalten, die der Stunde entspreche.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Erörterungen über auswärtige Politik sind im Augenblick nicht angebracht. Abg. Ströbel gehört zu den Politikern, die dem Ausland einen Freidienst erteilen wollen. Unsere innerpolitischen Fragen gehen das Ausland nichts an, das Ausland und auch die jetzige russische Regierung mögen damit zufrieden sein, daß wir die feste Erklärung abgegeben haben, uns in ihre Angelegenheiten unter keinen Umständen einzulassen. (Zustimmung.) Abg. Ströbel betrachtet die Demokratie als Alibi für alles. Ich werde ihm also nie den Gedanken beibringen können, wie wichtig es ist, daß gewisse hervorragende Kreise unserer Nation, die für unsere Kultur ein besonderes Interesse haben,

von allgemeinen Wahlen unabhängig

gemacht und ihnen ein gewisser Einfluß auf Beschneidung und Verwaltung eingeräumt werden muß. Wenn wir der auch von Dr. Bachmeide bedauerlicherweise erörterten Frage der Abschaffung des Herrenhauses näher treten, so gefährden wir die Durchbringung dieser Vorlage. Das deutsche Volk besteht nicht aus Varias, sondern ist in vollem Umfange ein freies, freies Volk, zwar nicht mit dem parlamentarischen System, aber mit einer freien Verfassung, einem unabhängigen Richterstand und einer in der Welt einzig bestehenden Verwaltungsgewaltigkeit. Auf die Änderungen des Abg. Ströbel über die Möglichkeit einer Revolution einzugehen, ist zwecklos und ich möchte mir dabei auch nicht die vom Präsidenten gewünschte Mäßigung auferlegen. (Weiterer Beifall.)

Bei der Wahlrechtsfrage will ich alles vermeiden, was den Gegner verleben kann, und will daher auch entgegenstehende Meinungen nicht als „allgemeine Redensarten“ bezeichnen. (Sehr gut! links.) Die Ausführungen des Ministers des Innern waren so fern abgewogen und so durchdacht, daß das Urteil von Heidebrand wirklich nicht aufrecht erhalten werden kann. Vom Abg. v. Heidebrand hatte ich eine Fundgrube von Widersprüchen erwartet. (Abg. v. Heidebrand: Das kommt noch!) Dann ist meine Spannung um so größer. (Weiterer Beifall.) Wiederholt haben hervorragende konservative Männer, nicht nur Fürst Bischoff, sondern auch v. Brandenburg, Hermann Wagener, Herrfurth, Prof. Laband das allgemeine gleiche Wahlrecht jedem anderen vorgezogen, wie denn mancher konservative Mann sich lieber auf die Werkstätte seiner Ideen verlassen möchte als auf Wahlsprivilegien, und wie es ihm lieber sein wird, einer großen Volkspartei anzugehören, die tief ihre Wurzeln im Volke schlägt. Auch ich habe manche Bedenken gehabt, aber immer betont, daß sich ein abgestuftes Wahlrecht nur so lange erhalten ließe, als auch die Regierung dabei beharrt. Wenn sich dies, so können insbesondere die liberalen Parteien kaum hinter dem zurückbleiben, was die Krone will. Wenn ich mich mit allen Kräften bemühe, die Vorlage zur Durchführung zu bringen, so bestimmt mich dazu das Wohlwollen der Amt-Vorläufer des Königs und dann die tiefere Einsicht in ihre Beweggründe und in die gesamte politische Lage, die mir erst jetzt zuteil geworden ist. (Hört, hört!) Die feierliche Form der königlichen Politik beweist, daß es sich nicht

nur um einen Vorschlag handelt, den der Landtag annehmen oder ablehnen kann, sondern daß die Krone und ihre verfassungsmäßigen Ratgeber,

alle verfassungsmäßigen Mittel einsetzen

müssen, um die Verheißung einzulösen. Abg. v. Heidebrand sagt, wenn die Politik ein Ausfluß des Willens der Krone sei, dann habe das für die Konservativen eine ganz besondere Bedeutung.

Es ist tatsächlich der Wille der Krone, und die Minister haben den Auftrag, bei der Volkvertretung darauf hinzuwirken, daß die Vorlage unter allen Umständen durchgeführt wird, wenn auch mit Veränderungen im Rahmen der Vorlage. (Lebhafter Beifall links.)

Unter dem Einfluß der Verhältnisse haben sich auch die Anträge der Krone in der Wahlrechtsfrage geändert. Im vorigen Jahre wollte Herr v. Heidebrand nur Schöndorffsche des Dreiklassenwahlrechts beseitigen, jetzt hat er den ganz gewaltigen Sprung gemacht, sich an den Verhandlungen über ein Pluralwahlrecht zu beteiligen. (Hört, hört!) Es sind hier sehr berechtigte Vertreter der Kronrechte aufgetreten. Ich bin immer mittraulich, wenn so sehr viel über die Kronrechte gesprochen wurde. (Sehr gut! links.) Ebenso wichtig wie der Schutz der Kronrechte ist es, wenn man der Krone dazu verhilft, ihr Wort einzulösen. Den Gewissenskonflikt erleichtert man sich wesentlich, wenn man bedenkt, daß für ein Pluralwahlrecht alle konstitutionellen Grundlagen fehlen. Nach meiner Ueberzeugung würde auch durch ein Pluralwahlrecht eine derartige Demokratisierung herbeigeführt werden, daß die Zusammenziehung des Hauses fast dieselbe wie beim gleichen Wahlrecht wäre.

Neben den ethischen Beweggründen hatte die Krone auch realpolitische. Das Klassenwahlrecht ist für uns alle erledigt, auch Herr v. Heidebrand wird auf ihm nicht bestehen wollen, nachdem er sich in Verhandlungen über das Pluralwahlrecht eingelassen hat. Ein berufsständisches Wahlrecht ist von keinem vorgeeschlagen worden. (Zuruf b. d. Konservativen: Abwarten.) Wer will noch

mit dieser abgestandenen Sache

Geschäfte machen? (Sehr richtig! links.) Es ist gar nicht möglich, festzustellen, wenn die Einsicht in die Staatsangelegenheiten fehlt. Möglich könnte heute nur ein Pluralwahlrecht sein, das sich an den Westfälischen Markt. Ist aber ein solches Wahlrecht heute noch möglich? (Lebhafter Aufse links: Nein! Nein!) Die Leistungen des deutschen und preussischen Volkes in diesem Kriege lassen sich nicht nach Geld messen. (Sehr richtig!) Es ist unfahbar, wie man heute noch von höheren Leistungen für den Staat sprechen kann, wenn jemand mehr Steuern zahlt. Die Raumberlener in diesem Krieg sind die Kleinhandwerker und Geschäftsinhaber. Sie müssen vielleicht nach dem Kriege als Arbeiter ihr Geld verdienen. Sollen sie da ein minderes Wahlrecht haben, wo doch ihre Intelligenz gleich geblieben und nur ihr Vermögen klein geworden ist? (Sehr richtig!) Herr v. Heidebrand warf der Regierung vor, sie habe mit der Einführung der Vorlage einen Streitpunkt unter die Parteien geworfen. Aber gerade die Konservativen hätten alle Verantwortung, einen Streit unter die Vergangenheit zu machen und sich zu sagen: mea culpa, daß es so gekommen ist, denn sie haben seit 1910 das Zustandekommen jeder Wahlreform verhindert. (Sehr wahr! links.) Im Gegensatz zu Ihnen haben die englischen Konservativen dort eine Wahlreform durchgeführt, nachdem eine Reform der Liberalen gescheitert war. (Sehr gut! links.) Wenn die jetzige Vorlage so radikal ist, so ist das die Folge davon, daß die Krone nicht früher erledigt worden ist. (Sehr wahr! links.) Wenn Herr v. Heidebrand hoffte, daß das Zusammenarbeiten des Ministers mit mir gute Früchte zeitigen werde, so akzeptiere ich dankbar diese Anerkennung eines früheren Parlamentarier in der Regierung von Seiten des Herrn v. Heidebrand. (Weiterer Beifall und sehr gut! links.) Im übrigen unterfühle ich den Minister gern, denn er ist ein hervorragender Reformminister. (Bravo! links.) Im übrigen sind Minister Diener der Krone und als solche gibt es für uns kein Schwanken, sondern nur das allgemeine und gleiche Wahlrecht. (Lebhafter Beifall links.) Nur noch einige Worte auf einen Redner, der nach mir sprechen wird. (Allgemeine Heiterkeit.) Freiherr von Redlich hat heute im „Tag“ die Aussichten der Vorlage untersucht und bespricht dabei auch die

Möglichkeit einer Landtagsauflösung.

Man sollte solche Bilder nicht an die Wand malen. Wir hoffen, noch zu einer Verhändigung zu kommen. Im übrigen fürchte ich für den Fall der Ablehnung der Vorlage nicht etwas für die Krone. Die Liebe zur Krone wird um so tiefer in den Herzen des Volkes verankert sein, je mehr die breiten Massen einsehen, daß die Krone ihnen weitgehende Rechte geben wollte. (Sehr gut! links.) Wohl aber fürchte ich für die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme. Und schließlich sollten sich die Parteien bei der Abstimmung nicht nur an die Stärke in diesem Hause halten. Die große Politik der nationalen Fragen wird in einem anderen Hause gemacht, das nach anderem Stimmrecht zusammengesetzt ist. Einmal werden ja die Friedensglocken läuten, dann werden die Parlamente nach Hause geschickt und dann wird es heißen: Friede auf die Schanzen! Es wäre ein schwerer Unglück, wenn die bürgerlichen Parteien dann nicht mindestens in der alten Stärke in den Reichstag einziehen. Ich spreche als ein Mann, dem die Interessen des Vaterlandes am Herzen liegen und der verhalten will, daß die Vertretung in den Parlamenten in die radikalsten Hände kommt. Gehen Sie mit strengster Prüfung an die Vorlage heran, an unsern Willen zur Verhändigung wird es in keinem Stadium der Beratungen fehlen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Redlich (fl.):

Wir werden diese Mahnung beherzigen. Aber das gleiche Wahlrecht widerspricht den Grundfäden der Gerechtigkeit, weil es Ungleiches gleichmachen will. Selbstverständlich müßte dem gleichen Wahlrecht im Staate das gleiche Wahlrecht in dem Gemeinwesen folgen und Herr Cossel müßte dann schon Herrn Adolf Hoffmann Platz machen. (Weiterer Beifall.) Es fragt sich, ob die in der Vorlage vorgezeichneten Mittel zum Schutz der Minderheiten genügen. Vielleicht könnte man doch ein Pluralwahlrecht für höhere Leistungen im Interesse des Staates finden. Ein schwerer Einschnitt wäre es, wenn man von Friede wegen eine Einwirkung auf die Gestaltung des preussischen Wahlrechts ausüben wollte. Nach der Rede des Herrn Dr. Parich bin ich überzeugt, daß das Zentrum im Reichstage das nicht zulassen wird. Zu einer Landtagsauflösung wird die Regierung es nicht kommen lassen, da das Ergebnis ungewiss ist.

Abg. Cossel (Wale) begrüßt das gleiche Wahlrecht. Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr vorzeitig. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Das Protokoll des Würzburger Parteitag

wird in einigen Tagen verhandelt. Der Papierknappheit wegen konnte nur eine kleine Auflage gedruckt werden und da Nachdruck ausgeschlossen ist, wird um baldige Bestellung gebeten. Das Protokoll umfasst mit den Anhängen 640 Seiten und enthält außer den Verhandlungsberichten die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion für die Jahre 1914/17 und als Anhang die Berichte für das Jahr 1918, die dem durch den Kriegsausbruch vereitelten Parteitag von 1914 vorgelegt werden sollten. In dem Protokoll haben ferner die schriftlich erstatteten Berichte über die nächsten Aufgaben der Partei Aufnahme gefunden und zwar: 1. Demokratisierung von D. Landberg; 2. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von H. Cunow; 3. Die künftige Finanzpolitik von W. Keil; 4. Unsere sozialpolitischen Aufgaben von H. Wiffel.

Der Preis beträgt für das broschürte Exemplar 3 M., für das gebundene Exemplar 5 M. Die auf bestem Papier gedruckte Ausgabe für den Buchhandel kostet broschiert 6 M., gebunden 9 M. Diese Ausgabe kann durch jede Buchhandlung bezogen werden oder vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Für Frieden und Freiheit.

Nach fast dreijähriger Pause fanden in den letzten Tagen die ersten öffentlichen Versammlungen im sächsischen Mecklenburg statt. Genosse W. Promme-Lübeck referierte am Sonnabend in Lützow, am Montag in Walsin und am Dienstag in Waren am Müritzer. Walsin und die Kleinstadt Stavenberg folgten nach. Die Versammlungen waren alle stark besucht, namentlich viele Frauen nahmen teil. Eine Resolution im Sinne der sozialdemokratischen Politik fand überall einstimmige Annahme.

Ein guter Beschluß. Die Kreisversammlung für Neuh-Vredensbroich nahm eine Entschließung an, die die Würzburger Beschlüsse billigt und im besondern sagt:

Die Versammlungen traten entschieden dafür ein, daß die Klassenbewegung Arbeiterklasse den Strudel der Arbeiterbewegung in den bevorstehenden schweren Kämpfen in kraftlosen Gruppen und Gruppen zerfällt, zur politischen Ohnmacht verdammt ist.

Mehring gegen die Volkswirtschaft. Nachdem Mehring in der 2. A. eingeleitet, daß das Stöckholmer Volkswirtschaftsprogramm doch für die Dresdener Versammlung bestimmt war, wendet er sich wütend gegen die Volkswirtschaft, die prinzipiell genug waren, sich mit den „Scheidemannern“ einzulassen:

Das Entgegenkommen, das die Volkswirtschaft dem Anbieterschutz der Regierungsgewalt bewiesen haben, achtet mich doch weit über die Grenze militärischer Hilfslichkeit hinaus, wie ich voraussetzte. Beweis ist es notwendig, das Erwachen der Massen zu beschleunigen und sie von neuem zu organisieren, aber wer in aller Welt hat je einen vermittelten Garten wiederherzustellen verstanden, indem er damit begann, die Böcke, die den Garten verwüsten haben, als die berufenen Gärtner anzuerkennen? Die Zahl der Volkswirtschaftler scheint mir ein recht schlechtes Beispiel auf jenes „Liste mit der Idee“, auf jene diplomatische „Revolutionärsredner“ hinanzulassen, von der ich schon öfters nachgewiesen hat, daß sie die Feinde niemals täuscht, aber die Freunde immer irrt führt.

Mehring möchte, daß die Volkswirtschaft mit ihm allein Frieden schließen. Aber erhebt sich das doch ein allzu kleiner Separatfrieden, und zweitens: hätte er Rücksicht auf dauernden Bestand?

Groß-Berlin

Brennende Tagesfragen

Unsere Ernährung — Deutschlands Demokratisierung — Die Vaterlandspartei —

Der Verständigungsfrieden —

werden in der am nächsten Sonntag mittags 12 Uhr im Zirkus Schumann stattfindenden Versammlung der Sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins von den Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, Richard Fischer, Wilh. Pfannkuch und Ph. Scheidemann behandelt werden.

Der Eintritt findet nur gegen Karten statt. Der Preis der Karte beträgt 20 Pf.

Nahverkehrssteigerung auf den Stadt- und Vorortbahnen!

Nach den Beschlüssen der Eisenbahnverwaltung soll folgender Tarif eingeführt werden: Für die Stadtbahn 2 Zonen: In der 1. Zone beträgt der Fahrpreis 15 Pf. für die 1. Klasse und 10 Pf. für die 2. Klasse; in der 2. Zone 25 bzw. 10 Pf. — Die Monatskarten sollen fortan 4 M. für die 1. und 2 M. für die 2. Klasse betragen, für das ganze Netz 6 bzw. 4 M. — Für die Vorortbahnen beträgt der Anfangspreis in der 1. Klasse 15 Pf. und steigt um je 5 Pf. in der 2. Klasse ebenso bei einem Anfangspreis von 10 Pf. — Der Vororttarif fällt mit der Länge der Strecke ab und berücksichtigt den Umstand, daß für Groß-Berlin die in Frage kommende Streckenlänge nicht nur 20, sondern 80 km und mehr beträgt. Die Tarifsteigerung beträgt im Stadt- und Ringbahnverkehr ausschließlich der Verkehrssteuer im Durchschnitt bei Einzelkarten 24,8 Proz., bei Monatskarten 19,6 Proz., im Vorortverkehr bei Einzelkarten 2,6 Proz., bei Monatskarten 12,8 Proz. Im Gesamtdurchschnitt beläuft sich die Tarifsteigerung auf 18,7 Proz. ohne die Verkehrssteuer.

Die Verkehrssteuer, die für ein 10-Piennig-Billet 0,55 Pf. beträgt, kann als Vorwand für eine Steigerung von 10 auf 15 Pf. natürlich nicht gelten. Wenn sich aber die Eisenbahnverwaltung auf die gegenwärtige Steigerung der Löhne und Betriebsstoffe berufen sollte, so wäre darauf zu erwidern, daß diese durch die Steigerung des Verkehrs zweifellos mehr als reichlich ausgeglichen wird. Jedenfalls ist es durchaus unstatthaft, die zurzeit bestehenden Arbeits- und Materialkosten als Vorwand für eine Tarifsteigerung zu benutzen, die doch wohl auch für die Zeit nach dem Kriege beibehalten werden soll, wo die Löhne und die Preise für die Betriebsstoffe aller Wahrscheinlichkeit hin deutlich niedriger sein werden. Man hätte, falls eine sogenannte „Tarifreform“ überhaupt für nötig erachtet wird, zum mindesten warten müssen, bis wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind, die einen klaren Ueberblick über die realen Selbstkosten gestatten. Gegen eine Nahverkehrssteigerung, zumal in der jetzigen Zeit, müssen wir energischen Protest erheben.

Wasserspeisung.

In Heft 14 der „Beiträge zur Kriegswirtschaft“ sind die Ergebnisse der Erhebungen, die die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes bei sämtlichen Wasserversorgungs- und Wasserkraftwerken, Wasserkraftwerken u. dgl. im Reich monatlich vornimmt, für die Monate Januar und Februar 1917 besprochen worden.

Die weitere Fortführung der Erhebungen hat gezeigt, daß die Möglichkeit für die Bevölkerung, ihr Essen in Gemeinschaftsküchen einzuschöpfen, in den Gemeinden aller Größenklassen ständig gegeben und noch weiter im Steigen begriffen ist. Insbesondere haben die in den großen Städten vorhandenen Einrichtungen einen weiteren Ausbau erfahren. In den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern, auf die sich die Erhebungen be-

ziehen, können im Höchstfalle bei mehrmaligem Kochen am Tage jetzt durchschnittlich mehr als ein Viertel, in den Großstädten mit 50 000 und mehr Einwohnern durchschnittlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Gemeinschaftsküchen versorgt werden. Die weitestgehende Versorgungsfähigkeit, nämlich 80 v. H. der Gesamtheit, haben die allgemeinen Kriegsküchen aufzuweisen, während die ebenfalls jedermann zugänglichen Ritzküchen nur vielleicht 2 v. H. der gesamten Versorgungsfähigkeit ausmachen; immerhin ist somit in der großen Mehrzahl der Fälle davon Abstand genommen worden, die Teilnahme an dem Essen nur einem beschränkten Personenkreise, z. B. Verwundeten bis zu einer gewissen Einkommensgrenze zu ermöglichen. Der Gesichtspunkt, daß jedem, der am Essen teilnehmen will, hierzu die Gelegenheit geboten wird, ist fast überall zur Geltung gekommen. Im übrigen kommen noch Fabrik-, Werk- und Betriebsküchen in Frage; sie sind naturgemäß auf die Angestellten und Arbeiter des betreffenden Betriebes beschränkt. Nur eine geringe Rolle spielen daneben noch die nicht zu den Fabrik-, Werk- und Betriebsküchen gehörigen Küchen für begrenzte Personenkreise, so die Kinderjubiläumküchen und Krankenküchen.

Die Inanspruchnahme der Wasserversorgung richtet sich naturgemäß nach dem Grade der jeweiligen Ernährungsschwierigkeiten. Den Winter über und wegen des kalten Frühjahres und der damit zusammenhängenden späten Frühjahrsfröste bis hinein in den Mai nahm die Besucherzahl der Gemeinschaftsküchen fast überall ständig zu. Im Monat Juni, wo Frühgemüse auf den Markt kam, machte sich zum erstenmal eine Abnahme in der Inanspruchnahme der Küchen bemerkbar. Die Kartoffelknappheit im Monat Juli bewirkte indessen wiederum einen vermehrten Zuspruch; die Warteschlangen werden jedoch nicht wieder erreicht. In den Monaten August und September hat sich für die Bevölkerung zum großen Teil Gelegenheit, wieder Gemüse in ausreichendem Maße zu beschaffen, auch die Frühkartoffeln kamen endlich auf den Markt; die Inanspruchnahme der Wasserversorgung ging in diesen Monaten wieder zurück.

Kepfelfverkauf.

Die Groß-Berliner Gemeinden bringen demnächst an ihre Einwohner Kepfelf zur Verteilung. Vom Magistrat Berlin erhalten wir dazu folgende Mitteilung:

Es werden bei gleichzeitiger Abgabe von mindestens 3 Lebensmittelkartenabschnitten Nr. 123 3 Pfund Kepfelf und auf jeden weiteren Abschnitt je 1 Pfund Kepfelf verabfolgt. Bei gleichzeitiger Abgabe von 6 oder mehr Lebensmittelkartenabschnitten wird außerdem 1 Pfund mehr zugeteilt. Die Zusammenlegung von mindestens 3 Lebensmittelkartenabschnitten muß erfolgen, weil infolge der Schwierigkeit der Zufuhr nur eine begrenzte Zahl von Verkaufsstellen errichtet werden kann, andererseits eine rasche Abfertigung sichergestellt werden muß. Für jede Brotkommission ist eine Verkaufsstelle errichtet, in welcher die zu dieser Brotkommission gehörenden Berliner Einwohner kaufen können. Die Verkaufsstellen sind in der morgen erscheinenden Bekanntmachung einzeln aufgeführt. Vom 7. bis einschließlich 10. Dezember findet in den Verkaufsstellen eine Voranmeldung statt. Der Verkauf erfolgt in der gleichen Verkaufsstelle, und zwar kommen am 13. Dezember Nr. 1—300 der Anmeldungen, am 14. Dezember Nr. 301—600 usw. zum Zuge. Die Nummer ist aus der bei der Voranmeldung erteilten Bescheinigung ersichtlich. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Wir wollen wünschen, daß die Organisation der jetzigen Verteilung besser durchgeführt wird, als kürzlich bei dem Verkauf von den Röhren. Es darf nicht wieder vorkommen, daß diejenigen, die sich an die Versicherungen des Magistrats halten, Ware sei genügend vorhanden, schließlich wieder leer abgehen müssen.

Verteilung von Kunsthonig und Rübenkraut.

Auf Abschnitt 124 der Lebensmittelkarte entfällt 1/2 Pfund Kunsthonig oder 1/2 Pfund Rübenkraut. Der Preis für Kunsthonig beträgt im Ausfuhr 27 Pf. für 1/2 Pfund und 73 Pf. für 1 Pfund und im fertigen Pfundpaket 75 Pf. Die Preise für Rübenkraut werden noch bekannt gegeben. Der Abschnitt ist nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher eingetragen ist, in der Zeit vom Montag, den 10. bis Mittwoch, den 12. Dezember einschließlich abzulefern. Die Ware wird nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Zur Abgabe von Hühnerwurst.

Die von der Polizei neuerdings getroffene Anordnung, daß Hühnerwurst nur gegen Fleischkarte abgegeben werden darf, kann sich, wie der Berliner Magistrat mitteilt, nur auf solche Wurst beziehen, die aus inländischen Hühnern hergestellt ist. Für die vom Magistrat aus dem Ausland eingeführten Hühner hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes dagegen ausdrücklich die moralische Abgabe genehmigt, so daß die aus ausländischen Hühnern hergestellte Wurst nach wie vor ohne Fleischkarte verkauft werden darf.

Fischkonzerne nur mit Genehmigung!

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Es ist vielfach beobachtet worden, daß Berliner Händler selbstgegründete Zubereitungen von Fisch, Krabben und Muscheln abgeben, ohne die erforderliche Genehmigung zu besitzen. Es sei daher darauf hingewiesen, daß es für den Abgab derartiger Waren — ganz unabhängig von der entsprechenden Handelsverteilung — eine besondere Genehmigung des Reichskommissars für Fischverpackung oder der für Berlin zuständigen Binnenländischen Kriegswirtschaftsindustrie, Berlin, Dirschstr. 26, bedarf.

Gegen die geschäftstüchtigen Hausagrarien.

Die selbst aus der Kohlennot wenig saugen wollen und immer wieder den Versuch machen, die Erwärmung ihrer mit Zentralheizung versehenen Häuser herabzudrücken, wenden sich ein Schreiben, das die Kohlenstelle Groß-Berlin an den Mieter-Verein des Groß-Berliner Westens gerichtet hat. Es heißt darin: „In Zentralheizungshäusern dürfte eine schon jetzt einleuchtend geringere Beheizung der Räume als mit 18 Grad Celsius bei der jetzigen milden Witterung und der ausreichenden Vesteuerung mit Kohlen ungerechtfertigt sein und ausreichende Grundlage für gerichtliche Vergehens bieten.“

Wünschenswert wäre nur, daß die Kohlenstelle Groß-Berlin ihr sorgfältiges Interesse in etwas höherem Maße auch den Mietern zuwendete, die nicht über Räume mit Zentralheizung verfügen.

Wo die Weihnachtskrippe bleiben. Ein Beamter der Preisprüfungsstelle ermittelte, daß bei einer Kleinhandlerin A. seit Mitte November d. J. in einem Keller im Zentrum der Stadt über 500 Kisten Krippe lagerten. Die Ware sollte offenbar von der Kleinhandlerin zu Weihnachtsunterzubereitungen der Höchstpreise an gute Bekannte verkauft werden. Auf Verlangen der Preisprüfungsstelle wurde der gesamte Vorrat durch das Kriegswirtschaftsamt beschlagnahmt.

Eine Liebestragödie wird aus Strausberg gemeldet. Der 31jährige Arbeiter E. unterhielt mit der 21jährigen Arbeiterin Emma R. ein Liebesverhältnis, das durch die Eifersucht des Mannes des öfteren getrübt war. Vor einigen Monaten hatte E. eine Gefängnisstrafe abzuhängen müssen, da er sich jedoch gut gefügt hatte, erhielt er die Erlaubnis, die Haft zu unterbrechen. Als E. dann seine Braut besuchte, wurde ihm von anderen Frauen, die mit der R. in einem Hause wohnten, die Mitteilung gemacht, daß das Mädchen ein Verhältnis mit einem anderen Manne eingegangen sei. Der eifersüchtige E. lauerte nun dem Mädchen auf, als es von der Arbeit zurückkehrte und es kam zwischen beiden zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Die R. beteuerte meinetwegen, daß sie kein anderes Liebesverhältnis eingegangen sei. Als E. das Mädchen mit Schlägen bedrohte, ließ sie von dem Manne verjagt und in ein Schuppenhäuschen in den See. Der Arbeiter sprang der Geliebten ins Wasser nach und versuchte sie zu retten. Bei dem heftigen Ringen gingen beide

unter. Bald darauf wurde das Liebespaar eng umschlungen als Beute gefangen.

Der wegen Ermordung des Wächters Engel in Falkenhagen vor einiger Zeit festgenommene Heizer Rube, der sich seitdem als Untersuchungsgefangener in Moabit befand, ist zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Anstalt übergeführt worden, da sich aus herausgestellt hat, daß er vom Militär wegen geistiger Unzureichbarkeit entlassen worden war. Wegen Betrugs und Diebstahl ist Rube seit seiner Verhaftung zu Gefängnis verurteilt worden; es liegen aber noch über ein Duzend ähnlicher Anlagen gegen ihn vor. Die Untersuchung gegen Rube wegen der Ermordung des Wächters ist noch nicht zum Abschluß gelangt, da bisher nicht festgestellt werden konnte, daß er der gemeingefährliche Schläger gewesen, der geraume Zeit hindurch die Falkenhagener Post und die angrenzenden Gebiete des Spandauer Stadtwaldes unsicher gemacht hat.

Spanbau. Lebensmittel. Heute beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt III. Auf jeden Abschnitt werden 40 Gramm zum Preise von 24 Pf. herausgegeben. Die Verteilung der Margarine, 40 Gramm für 16 Pf., beginnt morgen. In den Geschäften der Altstadt wird jetzt 1 Pfund Marmelade (1 M.) auf 18 Pf. abgegeben.

Stegisch. Kohlenwirtschaft des Elektrizitätswerks. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß es dem Gemeinde-Elektrizitätswerk leider nicht gelungen sei, für den Winter ausreichende Kohlenvorräte heranzuschaffen. Bei starkem Frost wird die vorübergehende Einstellung der Stromlieferung nicht zu vermeiden sein. Als Notmaßnahme eignen sich Kohlbirgen, die im Stromwerk an die Stromabnehmer abgegeben werden zum Preise von 2,60 M. für das Stück. Für jede Kerze kann später, wenn die Gefahr der Stromeinstellung droht, 1 Pfund Kohlbirgen zum Preise von 75 Pf. in verschlossener Blechbüchse bezogen werden.

Trepfen. Unzureichende Fleischlieferung. Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes können in dieser Woche infolge unzureichender Lieferung durch die Kreisverwaltung nur 200 Gramm Fleisch verteilt werden.

Öffentlich erhalten die Einwohner bestimmt in nächster Zeit die fehlenden 30 Gramm nachgeliefert.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute gelangt auf Abschnitt 61 der neuen Lebensmittelkarte je ein Pfund Salz zum Preise von 16 Pf. zur Ausgabe. — Petroleumkarten für die angemeldeten Haushaltungen können heute in der Kartenausgabestelle des Rathauses entnommen werden. — Viehfutter für Schweine, Riegen und Kaninchen, gewaschen und starkhaltig, fern reinen großen Posten Rübten für Futterzwecke geeignet, gibt ab die Kriegswirtschaft.

— Holzversorgung durch die Gemeinde. Um der Kohlennot entgegenzutreten hat die Gemeindeverwaltung in den benachbarten Waldungen Holz schlagen lassen. Der Preis für einen Raummeter beträgt 40 M. für Röhren und 50 M. für Kiefern. Jede Familie kann zunächst nur einen Raummeter erhalten. Der Tag der Zuteilung wird noch bekanntgegeben. Anmeldungen nimmt von morgens 8 Uhr ab die Kohlenstelle, Friedrichstraße 97, entgegen.

Industrie und Handel.

Ein englisch-österreichisches Geschäft.

Auch eine „Stöckholmer Konferenz“.

Aus Wien wird gemeldet: Die Reichsministerial-Kommission für Papierindustrie hat für 15 Millionen Kronen die Resolvo- und Papierfabriken Hallein in Salzburg von der Kellner-Portington-Paper Corp. Co. Ltd. in London gekauft. Die Verhandlungen sind von seiten der Vöden-Credit-Anstalt in Wien via Schweden direkt mit den Engländern geführt worden, wodurch die österreichische Regierung, welche ein Interesse daran gehabt hätte, daß die Fabrik von einer Gruppe Industrieller des Kronlandes Salzburg gekauft worden wäre, vor eine überraschende und unangenehme Tatsache gestellt wurde. „Es ist“ sagt der Bericht laufend hinzu, „schwer zu verstehen, daß ein Unternehmen, wie die Vöden-Credit-Anstalt, derartige Transaktionen während des Krieges mit den Feinden des eigenen Landes macht.“

Da die englische Regierung gegen diese Zusammenkunft mit feindlichen Staatsangehörigen nichts einzuwenden hatte, scheint es sich um ein ungewöhnlich gutes Geschäft gehandelt zu haben.

Patentamtliche Schutzrechte und Krieg.

Durch Verordnung des Reichsjustizministers werden die Schutzrechte für patentamtliche Schutzrechte während des Krieges bis einschließlich 9 Monate und dann für die Dauer des Krieges gestundet. Dies soll für die betreffenden Schutzberechtigten, die an der Ausübung ihrer Rechte als Kriegsteilnehmer gehindert sind, eine Erleichterung sein, ist aber nur ein Hinweis auf den Verfall ihrer Schutzrechte. Mit Kriegsende werden sämtliche Schutzrechte fällig, und das gibt Summen, die der Bemittelte nicht zahlen wird und der Unbemittelte nicht zahlen kann. So sind mit Kriegsende für ein Patent zu zahlen, das 1911 angemeldet und bis August 1913 gezahlt war, 1250 M., das 1912 angemeldet und bis August 1913 gezahlt war, 1000 M., das 1913 angemeldet und bis August 1913 gezahlt war, 750 M., das erst 1914 angemeldet wurde, 500 M., für den Fall, daß jetzt Frieden würde und die Stundung im August 1918 nicht mehr gelten würde. Für 1910, 1909, 1908 angemeldete Patente wären die entsprechenden Summen 1500, 1750, 2000 M.

Von der Anmeldung bis zur Patenterteilung vergeht in den meisten Fällen ein Jahr und rechnet man für Verluste und Verwertungsarbeit, d. h. bis ein Gewinn aus der Erfindung zu ziehen ist, noch ein oder zwei Jahre, so ergibt sich, daß obige Summen für Patente zu zahlen sind, die noch keinen oder nur sehr wenig Nutzen gebracht haben. Solche Vorausgaben für eine Sache zu leisten, deren Gewinn von der noch unbestimmten Geschäftslage nach der Uebergangzeit abhängt, wird dem Bemittelten nicht zugunsten sein, dem Unbemittelten ist sie von vornherein unmöglich.

Es gehen also alle Schutzrechte, die in den letzten Jahren vor dem Krieg erteilt wurden, verloren, sei es weil sie einen Gegenstand betreffen, dessen Ruhmvermehrung wegen Rohstoffmangel, Wollmangel oder sonst durch die Kriegswirtschaft unmöglich wurde oder weil der Schutzberechtigte Kriegsteilnehmer ist. Mit den Schutzrechten für den Einzelnen gehen dieselben auch aus Ausland verloren; so werden wir, auch wenn ein Patentschutzvereinkommen mit unseren Feinden zustande kommt, um eine ganz beträchtliche Zahl von Schutzrechten den Feinden gegenüber ärmlich, die schon eine Verlängerung um die Kriegsdauer bewilligt haben.

Jugendveranstaltungen.

Schneeberg. Arbeiter-Jugend. Am Sonntag: Konzert mit Volkstänzen. Anfang 6 Uhr. — Mittwoch, abends 8 Uhr: Kammern-Beratsammlung der Lehmann, Sedanstr. 53. — Säfte bei allen Veranstaltungen willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 31. Bitte geben Sie uns sofort Ihre Adresse an. — G. M. 33. Bekleiden Sie der „Vorwärts“-Buchsendung eine Postkarte beilegen. — R. H. 1. Senden Sie sich an den Arbeiterturnklub, Leipzig, Poststr. 23. 2. Deutsche Diakon-Vereine, Berlin SW, Zimmerstr. 33.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche am Sonntag mittags. Langsame Erwärmung im Norden, besonders an der Küste, übergehend demnächst mit geringem Niederschlag, im Süden zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und noch größtenteils trocken.

Der Bildhauer der Ballade.

(Zur Ausstellung bei Paul Cassirer.)

Wenn mir jemand erzählte, daß die Holzfiguren des Ernst Barlach nicht Werk von Menschenhand wären, daß sie vielmehr dort, wo der Wald ganz dicht und dunkel ist, gewachsen seien, die Leiber verwundene Stämme, die Köpfe knurrende Krabben — ich würde es glauben. Von unzügliger Rinde umhüllt, haben sie lange geträumt, bis sie irgendwann einmal aus dem Dorn der Jahresringe sich lösten, erschrafen und, ohne jemals die Korbelschnur abzuwerfen, ganz langsam sich zur Dual des Selbstseins tasteten. Barlachs Figuren sind wahrhaft hölzern, fadrig und knorrig. Statt pulsender Blutwellen freifen durch sie dumpfe, noch halb vom Schlaf umlangene Säfte. Diese Gestalten suchen die Sonne; aber sie werden ihr immer fern bleiben. Sie sehnen sich nach Freiheit; aber sie bleiben gebunden, pflanzenhaft, erdnah.

Da ist ein Wandeltier, dessen Häute wie Wurzeln am Boden zu haften scheinen. Ein Mantel umfloht ihn, bannit ihn. Der Mann sucht, vielleicht das Gestirne, vielleicht das Niegewesene. Er trägt ein Dicht, das der Wind verläßt hat. Oder brennt es doch? Die Gestalt ist nicht ganz lebensgroß, aber sie schwankt dem Maß des Lebens entgegen. Die Bewegung des schlaflosen Lichtträgers ist wie die der Welle, wenn Wind auf ihnen lastet. . . . Da kämpfen zwei Männer gegen den Sturm, der sie schüttelt, der ihnen in die Kleider gefahren ist, der sie umzubiegen droht. Sie bilden in den Sturm hinein, als erwarteten sie ein Aufsteigen der Wolken, Meteor und Geschle. . . . Da hoch einer träumend, lauernd unter der Last des Schlafes. Aber ihn dahin streckt Gott, liebhaftig, von den Ästen umharrt, machtvoll vorwärtsdrängend, eine Lichte und rauhende, aber unerrückbare Vision. . . . Eigentlich mühte während des Wachens dieser Plastiken Kunst gemacht werden. Es ist kein Zufall, daß ihr Schöpfer zugleich ein Dichter ist.

Diese hölzernen Bildwerke verlangen nach rhythmisch bewegten Worten. Barlachs Bildhauerei hat Inhalt; es wird etwas erzählt, es geschieht etwas. Zwar sind die Figuren nicht eigentlich handelnd; aber sie rufen die Vorstellung von Geschehnissen hervor, von Vorgängen, die an ihnen geschehen. Ihre Junge löst sich nicht; aber man fühlt, daß in ihrem Baumstamm schweißfüßige Verle gesprochen werden. Barlach ist der Bildhauer der Ballade, mehr lyrisch als dramatisch, im besten Sinne: melodramatisch. Und also ist er vollständig weichenhaft den Sankelängern verwordet, die auf den Jahrmärkten Moritäten dubeln. Die Figuren, die er in die Welt entläßt, bleiben in einem dornenähnlichen Zustand gebunden, sie tragen schwer an ihrer Gegenwart und sehnen sich nach Erlösung. Sie sind Marter für einen mythischen Sozialismus, und damit geistlichen Geschlechts. Vor dem Formenkanon der Antike konnte Barlach nicht bestehen; an dem, was er macht, tastet ein Keil von Barbarischem, etwas von der heftigsten Realität der Clamen. Man denkt an Dostojewski, an die Geschichten aus dem Totenhaus, für Barlach ist die ganze Welt eine Gefangenhaft; graue dicke Lüste hängen wie Ketten an den Menschen. Aber die Gefangenen lehnen sich auf, sie reden sich, während sie fast zusammenbrechen; während die Unholde an ihnen zerren, suchen sie die Sterne.

Barlach fragt nicht viel nach jenen Befehlen, die von der künstlerischen Tradition diktiert sind. Von dem Drang nach Wirkung getrieben, sucht er sich nicht, die sogenannten Stile zu mischen. Er gibt einer Volkspolizei ohne irgend welche formale Verbindungen ein Reites zum Hintergrund, er läßt die Materien und geistigen Plastik. Die Mäler, die er zur Verdeutlichung seiner Dichtung einfügt, sind wie mit dem Messer aus Brettern geschnitten. Er weiß nichts von Virtuosität; man fühlt, daß er alle diese Figuren, bevor er sie sich abrang, lange mit sich herumgetragen hat. Unter Schmerzen und Anzügen hat er sie geboren, Kinder der Not, edig, zwerzig, unangenehm, im landläufigen Sinne nichts weniger als schön, aber überall dort, wo die Gefühlslinien sich schneiden, bestend von leidenschaftlicher Empfindung, immer aber auch in Demut gebunden von der Art des Johannes des Vorläufers.

Friedrich Kayhler hat Barlachs Drama „Der tote Tag“ vorgelesen. Eine norrenhafte, von Nacht und Launegestalten bevölkerte Welt kam über die Zuhörer. Es spukten darin Steinhart, ein grimmer Onom, Belenden, ein kühnender Hausgeist, der Alb, der des Nachts die Menschen quält und der gern sterben möchte, weil ihn die Anglistische der Gesehtexten in Verzweiflung setzen. Ein Blinder wurde von einem Stab an die Städte geführt, wo er die Unheilsknoten, die er einst knüpfte,

zum verstrickenden Netz verschlingen hilft. Eine Mutter kämpft um ihren Sohn; ein Sohn, der mit der Sonne um die Wette reiten möchte, wird durch den Fluß der mitternächtlichen Liebe gefaßt. Die Mutter hat, um ihn von dem Anheil der Welt zu bewahren, das Pferd, das ihn zur Erlösung tragen sollte, geschlachtet. Die Abhängigkeit des Geistes wägt Helsen auf die Sehnacht; Siebende trennen sich und niemand weiß, ob irgendwann einmal eine Aufreicherung folgen wird. Der Mensch, der Gesangene der Natur, der Urzeit, der Blutinstinkte und zugleich — ein Gott. Kästel, um daran zu erfinden, angloste Betragungen, deren Entwort erst nach langer unabschließbarer Wanderung erreicht werden wird. Halb Menichheitsspiel, halb Puppentheater, Kaffler las es mit Stimmen, die von wilden Naturlauten gemählt waren und orgelnd von Zukunft und Freiheit sangen.

Robert Dreuer.

Die ukrainische Republik.

Während des sich in der Gegenwart vollziehenden Auflösungsprozesses des alten zaristischen in seinen einzelnen Nationalitäten haben sich bekanntlich nacheinander auch die ukrainischen Gouvernements Rußlands zu einer gemeinsamen Republik zusammengeschlossen. Dieses Ereignis konnte nicht mehr überraschend sein, nachdem schon seit Beginn des Krieges die eigentlich nie recht eingekerkelten nationalen Selbständigkeitsbestrebungen der Ukrainer einen neuen Antrieb erhalten hatten und bei der im Laufe der Zeit für sie sich immer günstiger gestaltenden Lage des Moskowitertums ständig stärker hervorgetreten waren. Die Gouvernements Aiew, Podolien, Wolhynien, Tschernigow, Poltawa, Charlow, Jekaterinoslaw, Cherson und Tauris, welche sich zu der neuen Republik zusammenschlossen haben, umfassen das gesamte unter Rußlands Oberherrschaft stehende ukrainische Landgebiet. Im Westen wird es vom Dnjestr, im Osten vom Don, im Süden vom Schwarzen Meer und dem Kaukasus, im Norden von den Weipet- und Dniepr-Flüssen begrenzt und umschließt in dieser natürlichen Abgrenzung eine Fläche von 680 000 Quadratkilometern mit über 30 Millionen Bewohnern, also ein Reich, das an räumlicher Ausdehnung größer als Deutschland und auch Oesterreich-Ungarn ist. . . .

Mit der Errichtung einer Republik haben im übrigen die Ukrainer eine bereits aus ihrer geschichtlichen Vergangenheit ihnen wohl-bekanntere staatliche Form gewählt. Im Mittelalter waren es freilich noch ukrainische Fürstentümer gewesen, die unter der Oberleitung des Großfürstentums Aiew, später des galizischen Polnischen Fürstentums zu einem Staatenbunde vereint, eine bedeutende Rolle in der Politik und dem Handel zwischen dem Orient und Osteuropa gespielt hatten. Unter dem Druck der von Osten vordringenden Tataren und der von Westen her zum Schwarzen Meer vordringenden Polen hatten sie freilich endlich im 13. Jahrhundert in polnische Herrschaft eine Auflösung finden müssen. Aber mit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts legte bereits der Kampf um die Wiedererlangung staatlicher Selbständigkeit ein und führte nun zur Gründung einer demokratischen Republik, der sog. Hetman-Republik, weil an der Spitze dieser Republik ein Hetman-Präsident stand. Gestützt auf das äußerlich mächtige kriegsrische Kossakenwesen wurde dieser Kampf um die Selbständigkeit zwei volle Jahrhunderte, bisweilen mit glänzenden kriegerischen Erfolgen, durchgeführt, bis schließlich das von Polen, der Türkei und dem im Norden sich immer stärker entwickelnden Moskowitertum eingekreiste ukrainische Volk durch den ständigen Kampf gegen eine gewaltige Uebermacht erschöpft sich an Rußland anzuweihen gezwungen sah. Die der Ukraine im Verhandel mit Rußland zugesagte Selbständigkeit wurde jedoch von diesem, wie es in gleicher Weise darauf auch mit Finnland geschehen sollte, Schritt für Schritt zunichte gemacht. Immer mehr bemächtigte sich russische Beamte der Verwaltung über die ukrainischen Gebiete, die schließlich im Jahre 1783 in russische Gouvernements geteilt und dem russischen Gesamtstaat einverleibt wurden. Gleichzeitig mit der politischen Aneignung setzte eine grausame Verfolgung der nationalen Bestrebungen ein, die aber durch solchen rohen Druck nur gestärkt und geistig emsig weiter gepflegt wurden. Dieses Bestreben wurde noch dadurch begünstigt, daß die ukrainische Bevölkerung sich auf ihrem Gebiete hinsichtlich ihrer Nationalität fast vollkommen rein zu erhalten vermocht hatte, so daß wir denn bei der heutigen Republikerrklärung das ukrainische Volk in einer so geschlossenen Nationalität dastehen sehen, wie sie kaum ein anderes russisches Fremdvolk aufzuweisen hat.

Für Rußland gewinnt die Selbständigemachung der Ukraine wirtschaftlich eine ganz besondere Bedeutung, weil das Land mit seinem fruchtbarsten Schwarzerdboden bekanntlich die Kornkammer Rußlands ist, die etwa ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen

Erzeugnisse liefert. Zudem beherrscht die Ukraine durch ihre bedeutenden Kohlengruben im Doney-Becken zu Dreieiertel die gesamte Kohlenförderung und in gleichem Anteil mit seinen reichen Eisengruben die russische Eisenproduktion. Jedoch auch noch über den Rahmen des gesamt-russischen Bildes ragt die Selbständigkeitsklärung der Ukraine hervor. Alle alt-russischen Eroberungsgelüste nach dem Balkan und auf Konstantinopel, wie sie durch die letzten Veröffentlichungen ja wieder so klar hervorgetreten sind, sehen als unerlässliche Vorbedingung die unbedingt sichere Herrschaft des Großrussentums am Schwarzen Meere, also über die ukrainischen Gebiete, voraus. Durch die Selbständigkeitsklärung der Ukraine aber ist ein erster Schritt getan, um den großrussischen Zug nach Konstantinopel einzudämmen.

„Preziosa“ im Deutschen Opernhaus.

Kurz nach dem „Freischütz“ schrieb Karl Maria Weber die Musik zu dem romantischen Schauspiel „Preziosa“ des unter Goethes Direktion am Weimarer Hoftheater tätigen Charakterdarstellers Paul Wolf. Gleich jenem wurde dies Werk mit ungeheurem Jubel aufgenommen und rasch an allen Bühnen gegeben. Heute freilich beargwöhnt man dies kaum noch, denn die Geschichte von der als Kind durch Jigennet verschleppten und nach einer Reihe von Jahren von ihren Eltern wiedergefundenen Grafentochter ist zu sentimental, als daß man ihr noch viel Interesse abzugewinnen vermöchte. Allerdings war es damals das Feitstück der „bold beglänzten Raubermacht“ und „blauen Blume“; dentische Romantik geheißen Jigennertomane schollen allenthalben ins Kraut. Goethe hatte mit seiner „Rignon“ den Urthypus verliehen. Diese Gestalt gab dem Franzosen Thomas Knafz zu der Oper gleichen Namens. Möglichst mietet indessen nur Bizets „Carmen“ an. Ein Vergleich mit ihr zeigt den ungeheuren Abstand der Preziosa am deutlichsten an.

Längst wäre letztere vergessen, wenn Weber die Handlung nicht mit seiner Musik durchdrängt hätte. Nicht als ob er eine Oper gab. Im Grunde ist „Preziosa“ ein Singpiel von zum Teil melodramatischer Art. Aber in die mit wenig zulänglichen poetischen Mitteln gemalte spanische Stunden- und Sirenerdol-Romantik hat Weber echt deutschen Waldzauber gewoben. Und dieser klingt anheimelnd in föhlichen Tönen, Chören, Tanzrhythmen und Hornmelodien an. Dabei ihre vollständige Verbreitung. Das wunderbare „Einmal bin ich nicht alleine“, oder die tonrischen Chöre „Im Wald“, „Die Sonne erwacht“, „Es blühen so lustig die Sterne“ kennt wohl jeder.

Nun zum Besten der Wohlhabenderen des Deutschen Opernhauses ist „Preziosa“ zu neuem Leben beschworen worden. Daß Duellier Hartmann die weisheitsreiche Handlung, namentlich in ihrem etwas hintertreppentartig geformten Fortgang und Schluß wesentlich gefügt und so dadurch nicht bloß natürlicher, sondern auch lebendiger gemacht hat, sei ihm gedankt. Des weiteren hat er das Ganze in vier Stimmungsbände dekorativ übergelegt. Zwar sind die weissen Jigennet und Landleute nicht recht über eine gewisse „Salontirolet“ hinausgehoben. Aber die Chöre hängen rein bei prägliger Wiedergabe. Die Titeltroche wurde von Adelheid Pickert nicht ohne Glanzwürdigkeit verkörpert. Jung und mit schöner Lösung sang sie das „Leise leise“. Den Pedro mit dem Siegelstein von der großen Retirade brachte Edward Kandi zur Geltung. Sonst wäre noch Bernward Bötel und Margarete Bach als „Sage“ zu nennen. Rudolf Krauß teilte sich mit Zeitig Zagenpuch in die Musik- und Spilleitung.

Notizen.

— Ein Pola-Monte. Drama von Adolf Paul wurde im Münchener Volkstheater aufgeführt. Paul behandelt ein Erlebnis aus der spanischen Zeit der Tängerin. Sein dieralliges Bild ist Knebelte und Kofilm, aber seinen Dialogen fehlt der Reiz überprübelnder geistvoller Einfälle. Ein paar Szenen von Bühnenwirklichkeit brachten indessen die Zuschauer in Stimmung. Der Erfolg des Stückes stand im Zeichen der prächtigen Pola der Frau Ida Roland.

— Die Brauererei als Sauerkrautfabrik. Eine sehr zeitgemäße „Anstellung“ ist in Form in einer Brauerei vorgenommen worden. Die Barmer Stadtverwaltung hat dort eine neuzeitliche Sauerkrautfabrik unter Verwaltung des Leiters einer der größten Sauerkrautfabriken Deutschlands eingerichtet. Die Ware wird teils unmittelbar an die Bürgerchaft abgegeben, teils in großen Mengen in den vorhandenen mächtigen Vierlagerfässern aufbewahrt. Troy über Reueit macht die Einrichtung einen so selbstverständlichen, sicheren Eindruck, daß man meint, es sei nie anders gewesen. Täglich können etwa 1800 Kettner Sauerkraut geschnitten werden. Aus Arbeiterreisen wird dazu beifällig geschrieben: „Die ganze Einrichtung verdient auch nach dem Kriege beibehalten zu werden.“

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von H. Franck.

„Gernach, Erw. Magnifizenz“, wehrte Morawitzky, dem fast schwindelnde, ab — tiefert die Fakultät den Dr. Widmont den ordentlichen Gerichten aus oder legt sie selber die lebende Hand und Untersuchung auf sein Vorgehen?“

„Um die hohe Regierung, die uns das eingeleitete untertänigste Ansuchen der academia dastiger Stadt wegen Verleihung der Hofrattitularat an verdienstvolle Dekane und Rektoren der civitas academica, so schon zur günstigsten Expedite befördert ist, in sichere Aussicht stellt, zu überzeugen von der Lanterkeit der guten Gesinnungen der Congregatio superiorum dastiger Academia. . . .“

„Keine Rechtsabhandlung, teuerster Professor, sondern ein kurzes Ja oder Nein.“ bat Morawitzky.

„Vorausegelt, daß wegen prinzipieller Wahrung der libertas docendi et academiaca ein nur formaler Protest gegen den Eingriff einer hochhoblichen Regierung, nur ein rein formaler Protest nicht verübelt wird. Es muß alles von der Regierung ausgehen — die Akademie zieht sich nur unter Protest zurück.“

Morawitzky gab alle Zusicherungen und seine Herrlichkeit bereitete sich zum Abschied. Doch bei der Türe blieb sie feierlich stehen und erklärte mit erhobener Hand:

„Ich bitte aber für jeden Fall ein Protokoll aufzunehmen zu lassen.“

Beil und der Schreiber wurden gerufen und vor den beiden gab seine Magnifizenz folgendes zu Protokoll:

„Ich Hieronymus Dechlein, Doktor beider Rechte, Professor des Staatsrechtes in unversitetem chrysopolensis und Besitzer des weiterarischen Strahlenordens, erhebe als Rektor dastiger Universtität vorjorglidertweise schon jetzt bei meiner ersten Vernehmung in Sachen kontra Dr. Widmont und Genossen vor dem Statthaltereirat und obersten Justizrat der Baltzei Herrn Grafen Anne Morawitzky feierlichen Protest dagegen, daß ein Mitglied der freien Fakultäten der almas mater chrysopolensis einem anderen Gerichte als dem Collegio der Fakultäten unterstellt oder gar abgeurteilt werde.“

Dann schritt die Herrlichkeit befridigt über die Wahrung der akademischen Rechte stolz erhobenen Hauptes von dannen.

Morawitzky gähnte und frag:

„Rum, Beil, wen nehmen wir jetzt vor?“

„Ich mein“, Erzellenz, den Spinnhändler, den Caballo.“

Der Chevalier de Caballo war nicht mehr in der würdigen und vornehmen Verfassung wie damals, als er bei Widmont erschien. Er trug vor allem kein magisches schwarzes Gewand, sondern war nach Art der Zuchthändler in Drillich gekleidet, was seinem an sich gewöhnlichen Gesicht etwas ganz Verad-gelommenes gab.

Morawitzky blinnte in die Affen und begann mit kalter Amtsstimme die Personalien aufzunehmen.

„Er heißt?“

„Il cavaliere de Cavallo Signor il conte. Sono tra anni. . . .“

„Daß er das welsche Gewäsch. Er kann ganz gut deutsch. Er ist auch kein Kavaliere, sondern wie ich sehe ein gewesener Jureiter, dann Falkschpieder, Gauller und nun wieder wegen falschem Würseln im Spinnhaus.“

„Ein Reiter ist auf italienisch ein Cavaliere“, sagte froh der Häkling. „Und mein Vater ist Italiener.“

„Er heißt aber Rohtscheiter.“

„So hieß meine Mutter. Mein Vater wünschte infognito zu bleiben.“

„Daß er die Faren vor Gericht. Er hat bei Professor Widmont mit einer Weisberson Gaukeleien getrieben. Was ist da vor sich gegangen? Wo ist die besagte Person?“ Er sah in die Affen, die „so disant Fatme?“

„Herr Graf, ich bin vom Unglück verfolgt.“ begann Caballo-Rohtscheiter mit großer Jungengeläufigkeit. „als ich das Malheur hatte wegen der falschen Anschuldigung, ich schwöre, es war eine falsche Beschuldigung meiner Feinde, des höchsten Gutes, meiner Freiheit beraubt zu werden, da konnte Fatme, das gute Kind, ohne Freund, ohne Hilfe nicht leben. Sie ist fort, weg, verschunden. . . .“

„Wir wissen, wo sie ist.“ sagte trocken erläuternd Beil. „Im Hospital für dNasenlosen is die Dirn“, war krank von oben bis unten.“

„Daß“, fuhr der Cavaliere wie in namenlosem Schmerze auf, „meine Fatme, meine principessa, krank, das teure Kind, vom Schmerze über mich krank. Daß, Erzellenz, sie ist eine Fürstin der Weister.“

Beil lachte ironisch und selbst der Graf mußte über diesen Klageausbruch lächeln.

„Was hat der Dr. Widmont von ihm verlangt?“ sagte er dann das Inquisition fort.

„Ich habe Briefe gehabt, glänzende Empfehlungsbriefe — von ersten Kapazitäten“ — begann bombastisch Caballo.

„Von wem? Wie heißen sie?“

„Das darf ich nicht sagen, das hab' ich dem Professor Widmont auf die Hand geschworen.“

Morawitzky sah den Mann vor sich scharf an.

„Rohtscheiter, wenn er verstorbt ist, kommt er in Dunkelhaft — wenn er uns aber ehrlich berichtet und unterstützt in der Aufklärung der Sache, soll er eine Zulag' zur Maßzeit haben.“

Der Cavaliere seufzte. „Aber ein Eid ist heilig.“

„Rach' er uns keine Komödie vor. Er glaubt ja doch an keinen Gott.“

„Wenn es also sein muß, nur um meine Gutgesinntheit als Staatsbürger zu zeigen. . . der Professor Weishaupt in Gotha hat mich zu Dr. Widmont geschickt.“

Morawitzky und Beil wechselten einen befriedigten Blick.

„Da haben wir also das erste klare und unzweifelhafteste Deititz. Mit dem entlassenen und vom Gericht als Hochverräter gebrandmarkt Weishaupt hat er offenbar schon lange konspiriert.“ flüsterte leise Morawitzky. „nehm' er das so zu Protokoll. Uebrigens, den Mann haben wir sicher.“ Er sah auf die Uhr. „Sind noch viele da?“

„D' Wajchfrau, der Professor Gundt, der Medikus Witel-mahr.“

„Nehm' er mit dem Kerl ein Protokoll auf und schick' er mit dem Witelmann.“

Der gallige Stadtmedikus war durch das lange Warten noch galliger und dorstiger wie sonst. Zuchtlos sah er den Chef der Polizei an.

„Ich begreif' net, Erzellenz, was ich hier soll? Bin mir keiner Fehl bewußt, auch nicht in Verbindung mit Mördern oder Klubisten, daß ich Zeugenschaft ablegen kann“, knurrte er.

„Das wird sich noch erweisen, Herr Stadtmedikus“, lächelte ironisch der Graf.

„Er ist ja befreundet mit Dr. Widmont — und das ist ein Klubist, das weiß er sehr gut“, donnerte er plötzlich den Erschrockenen an.

Dieser fuhr zusammen.

„Ja aber nicht“, stotterte er.

„Ah, er weiß also davon! Sag' er jetzt ehrlich alles. Das wollen wir ihm als patriotischen Dienst auslegen und es soll ihm kein Haar gekrümmt sein.“ Morawitzky tat plötzlich väterlich freundlich.

(Fortf. folgt)

13 1/2 Milliarden Dollar. Dies ist die größte Vorlage in der Geschichte des amerikanischen Volkes. Ueber 11 Milliarden davon werden für Kriegszwecke verlangt. Die Vorkosten für Meer und Flotte betragen 665 Millionen. 1014 Millionen, während für die Signaldienste einschließlich des Flugwesens 1188 Millionen verlangt werden, darunter 840 Millionen für die Luftflotte.

Amerikanische Truppen nach Italien.

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Wilson erklärte in einem Gespräch mit einem Kongressmitglied, daß er die Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn hauptsächlich deshalb empfohlen habe, weil es notwendig werden könnte, amerikanische Truppen nach Italien zu schicken.

Washington, 5. Dezember. (Reuter.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat sich für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ausgesprochen.

Zehntägiger vorläufiger Waffenstillstand.

Berlin, 6. Dezember. (Reuter.) Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitung von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember 12 Uhr mittags festgesetzt. Die zehntägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zweckmäßiger Bericht über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionsführungen dauern fort.

Die Liberalen für Lansdowne.

Englands Vorherrschaft zur See.

Rotterdam, 5. Dezember. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt Richardson in „Daily News“, die Führer der Liberalen Partei hätten sich gestern im Unterhaus versammelt, die durch Lansdownes Brief entstandene Lage zu besprechen, den Geist des Briefes allgemein gebilligt und angegeben, daß es wünschenswert wäre, die Kriegsziele der Alliierten und die Bedingungen für eine Beendigung des Krieges bestimmt anzukündigen. Näheres darüber wird noch mitgeteilt werden. Von konservativer Seite ist die Lösung ausgegangen worden, die ganze Angelegenheit ruhen zu lassen.

London, 5. Dezember. (Reutermeldung.) Um ein besseres Einverständnis zwischen Reedern und den Angestellten in der englischen Handelsmarine herzustellen und Englands Vorherrschaft zur See zu sichern, ist ein Landesauswahlgang für Schiffsbesatzungen eingeleitet worden, mit der Aufgabe, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Reedern und den Seeleuten zu verhüten oder beizulegen und Löhne und Arbeitsbedingungen festzusetzen.

Die Erstürmung der Meletta.

Italienischer Bericht vom 5. Dezember. Auf der Salomoner Hochfläche hat der Gegner nach starker Entlastung seiner Artillerie und Ausweitung und Vermehrung seiner Truppen, die bei den vorangegangenen Kämpfen stark mitgenommen worden waren, den Zugriff auf unsere Stellungen begonnen. Der erste Stoß war gestern erfolgt; unsere Truppen leisteten kräftigen Widerstand. Der einzige von den Oesterreichern und Deutschen im den Preis außerordentlich hoher Verluste erzielte Vorteil bestand in der Eroberung einiger Stellungen, welche die Kraft unseres Widerstandes nicht brechen konnten. Nach schon in der Nacht begonnenem und weiter mit großer Heftigkeit fortgesetztem Beschützungsgeschütz mit mächtigen Sperr- und Trommelfeuerwehren machten die feindlichen Massen einen doppelten Angriff auf unsere Stellungen auf der Meletta. Der erste, von Nordwesten kommende Angriff wurde nach vergeblichen Versuchen, vorzudringen, durch unsere Sperrfeuer zum Stocken gebracht und brach sich am Nachmittag endgültig in dem Abkamm am Monte Simeon und an den südwestlichen Hängen der Meletta Galle, wo die Angreifer nach heftigen Kämpfen mit großen Verlusten abgedrängt wurden und einige Hundert Gefangene verloren. Ein zweiter, von Nordosten her angelegter Angriff wurde mit starken Kräften und hartnäckig zwischen dem Monte Lombarcar und dem Monte Sadeneca durchgeführt. Nach erbittertem Kampfe, der sich bis in die ersten Morgenstunden ausdehnte, gelang es dem Gegner, einige Schützengräben zu besetzen, und wir gaben einige der vordersten Teile unserer Linie auf.

Bei Jelen an der Bava, wo das Gefecht sehr lebhaft war, hat eine unserer Sturmkompanien, von Artillerie wirksam unterstützt, fünf von Feinde dort erbaute Panzerbrücken zerstört und bei einem Angriff auf den Gegner ihren Verlust beibringt und einige Tausend Gefangene nebst Maschinengewehren eingebracht.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. Dezember. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum

12 000 Br.-R.-T.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein belagertes englischer Dampfer, sowie ein Segler, der mit einem U-Boot zusammen arbeitete.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Für den Wortbruch der Krone.

Kämpfe und Erschütterungen.

Die „Kreuzzeitung“ sucht mit dem ganzen Aufgebot ihrer spitzfindigen Kasualistik unsere Feststellung zu widerlegen, daß die Krone bei einem Versuch, das preussische Volk um das gleiche Wahlrecht zu pressen, nicht mißlingen kann und daß daher jeder derartige Versuch aussichtslos bleiben muß. Sie erklärt, der König habe die Regierung doch nur beauftragt, einen Entwurf auf Grund des gleichen Wahlrechts einzubringen, könne sich also sehr wohl von den Edlen und Erbknechten eines Besseren belehren lassen. Nur die Regierung (Notabene, die vom König dazu beauftragt ist), trage die Verantwortung für die Kämpfe und Erschütterungen, die sich aus dem Versuch ergeben werden, dem Lande ein Wahlrecht aufzuzwingen selbst gegen den Willen und das Gewissen seiner Volksvertretung.

Dann aber wandelt sich der drohende Ton ihrer Stimme in sanftes Säuseln und einwärtschneidend fährt sie fort:

Wenn es dieser (der sog. „Kreuzzeitung“) gelänge, sich auf ein Wahlrecht zu einigen, daß sie für die Zukunft des Staates für

heilvoller erachtet als das gleiche Wahlrecht, so würde die Krone nur der verfassungsmäßigen Lage entsprechend handeln, wenn sie auch ihrerseits einem solchen Wahlrecht ihre Zustimmung erteilt. Niemand würde ihr dann mit Recht den Vorwurf machen können, daß sie ihr Wort nicht gehalten habe, wohl aber würde sie sich damit um alle Zukunft des Staates und um die Erhaltung des inneren Friedens in einer Zeit verdient machen, in der unsere Feinde, wie der Minister Dr. Drews mit Recht bemerkt, den Sieg noch von einem Zwiespalt im Innern, einem Zwiespalt zwischen Krone und Volk erhoffen.

Die „Kreuzzeitung“ folgt damit ihren besten Ueberlieferungen aus den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, da sie Friedrich Wilhelm IV. zuredete, die beschworene Verfassung aufzugeben; denn da er von Gottes Gnaden sei, wäre ein Eid, den er vor Gott geschworen, für ihn nicht bindend. So verhielt sie auch jetzt wieder, durch ehrlosen Rat die Monarchie in die Katastrophe der konserverativen Partei zu verwickeln. Die Monarchie hat in Deutschland grundsätzliche Gegner, aber sie hat in dieser Zeit keine gefährlicheren Feinde als die patentierten Monarchisten.

Der „Bund der Kaisertreuen“.

Eine Tochtergesellschaft der Vaterlandspartei.

Die „Vaterlandspartei“ darf sich bekanntlich statutenmäßig nicht mit innerer Politik beschäftigen. Sie hat das zwar gelegentlich unter der Hand zu tun versucht, ist aber dabei erlappt worden, und das war peinlich. So ist man denn auf die Idee gekommen, nach der Art von Banken, die bestimmte Geschäfte machen wollen, aber selber doch nicht können, eine Tochtergesellschaft ins Leben zu rufen. Diese soll das innerpolitische Gegenstück zur Vaterlandspartei bilden und den Namen führen: Bund der Kaisertreuen.

Genau nach dem Muster der Königsberger Gründung ist auch hier wieder ein Herzog als Gründer in Aussicht genommen, diesmal ist es der Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha.

Zu den Gründern zählen ferner u. a. folgende Herren:

Köbel, Albert, Hausbesitzer und Stadtverordneter, Schöneberg, Buchert, Georg, Kaufmann, Berlin, Dings, Kaiserl. Geh. Regierungsrat a. D., Schöneberg, Dr. Karbe, Direktor der Anstalt für Blindenbildung, Mittel d. Goules d. Abg., Berlin-Gartenfeld, Jüter, Karl, Badeanstaltsbesitzer, Charlottenburg, Körtig, Geh. Kommerzienrat, Hannover, Freiherr von Malzhan, Rittergutsbesitzer auf Volkow i. M., Rodrow, Mittel d. Goules d. Abg., Hauptm. d. L., Ostbel. Rodrow, Rudlak, Frau Geheimregierungsrat, Berlin, Rodzwill, Prinzessin Elisabeth, Seelow, Freiherr von Reigenstein, Generalleutnant a. D., Nieder-Weißhof bei Schwednitz, v. Schlieben, Alexander, Schöneberg.

Der Gründungsausschuss hat folgenden Wortlaut:

An alle Kaisertreuen!

Das Deutsche Reich ist in schwerster innerer Gefahr. Die Mehrheit des Reichstags verlangt die Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung. Sie ist zur Tatsache geworden, zur traurigen, aber unumstößlichen Tatsache, zu den wichtigsten Rechten Sr. Majestät des Kaisers gehört das, seine Ratgeber, die höchsten Beamten des Reiches selbst zu wählen — dieses verfassungsmäßige Recht ist zum inhaltslosen Schwaun geworden. Damit aber ist es nicht abgetan. Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches ist nur die Vorstufe für seine Demokratisierung und Sozialdemokratisierung, nicht eher werden unsere Gegner ruhen, ehe sie nicht auch diese erreicht haben. Es wäre dringend zu wünschen, daß es um der inneren Geschlossenheit Deutschlands willen gelänge, diesen Kampf bis nach dem Frieden hinauszuführen, möge er auch dann mit um so größerer Wucht ausbrechen. Meletta bereits auf dem Wärsburger Parteitag der Sozialdemokraten wurde von ihren Führern angeführt, daß dieser Kampf um die Demokratisierung sofort beginnen solle — um diese Demokratisierung, welche die schlimmsten Feinde des Deutschen Reiches, Präsident Wilson und Lloyd George, verlangen, weil sie die Kraft Deutschlands auf anderem Wege nicht vernichten können. Und es gibt Deutsche, die sich zur Gefolgschaft der gefährlichsten Gegner Deutschlands bereitfinden lassen!

Wir müssen uns rufen, schäme nicht rufen, sofort rufen, sonst erliegen wir jenen Bestrebungen, die zum Untergang des Deutschen Reiches führen und führen müssen! Das Deutsche Reich ist mit seinen angestammten Herrschern durch treuesten Zusammenhalt zwischen Fürsten und Volk groß und mächtig geworden, und nur mit seinen Fürsten und in treuem Zusammenhalten mit ihnen wird es groß und mächtig bleiben! Treue um Treue!

Die deutsche Vaterlandspartei kämpft gegen die gleichen Gegner wie wir, um Deutschland einen Frieden zu erringen, der sein weiteres Gedeihen sichert. Allein sie hat in bestimmtester Weise öffentlich kundgegeben, daß sie an den innerpolitischen Streitigkeiten Deutschlands keinen Anteil nehmen wolle. Nach dieser Richtung hin soll und wird der „Bund der Kaisertreuen“ sie ergänzen. Wir müssen derez würdig sein, die an unseren Grenzen Blut und Leben opfern, um Deutschland vor seinen äußeren Feinden zu bewahren, aber nur dann sind wir es, wenn wir gleich unerwiderlich die Wacht halten für die Bewahrung der Verfassung. Wie dem Volk, was des Volkes ist, so auch dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Der Kaisertreue denkt und liest bis in seines Wesens innerste Fesseln hinein, der gehört zu uns, trete an unsere Seite!

Ein Rundschreiben des Bundes beschäftigt sich noch ausführlicher mit seinem Verhältnis zur Vaterlandspartei, deren Tätigkeit „mit herzlichster Freude“ begrüßt wird. Dann heißt es weiter:

Nur dann kann es gelingen, den Kampf um die Demokratisierung des Deutschen Reiches bis zum Friedensschluß hinauszuführen, wenn die Herren Scheidemann, der ja in seinem Schlusswort auf dem Wärsburger Parteitag die sofortige Eröffnung dieses Kampfes anläudigte, und Erbsberger, der schon einige Wochen vorher in Biedersteins seinen Zweifel daran ließ, daß er ohne Rücksicht auf die so außerordentlich schwer ins Gewicht fallende innere Geschlossenheit Deutschlands keinen Augenblick zögern werde, in den Kampf um die Demokratisierung einzutreten, zu der Erkenntnis gebracht werden, daß nicht nur einzelne politische Parteien ihnen gegenüberstehen, sondern eine festgeschlossene, ihr Ziel genau erkennende und unerschütterlich im Auge behaltende Macht. Wenn aber nicht vorher, so wird zweifellos unmittelbar nach dem Friedensschluß dieser Kampf mit einer Wucht losbrechen, von der jetzt die Wenigsten eine Ahnung haben. Da heißt es gerufen sein! Im Toben des Parteikampfes kann unsere Organisation nicht durchgeführt werden; sie muß bis in die fernsten Ecken hineinragen und vollendet sein, sobald von gegnerischer Seite das Angriffssignal ertönt.

Die neue Gründung scheint uns um so zeitgemäßer, als die Frage der Staatsform bisher während der Dauer

des Krieges überhaupt nicht auf der Tagesordnung stand. Das Bestreben des „Bundes der Kaisertreuen“ geht offenbar dahin, dieser Frage eine aktuelle Bedeutung zu verschaffen, die sie bisher nicht belesen hat. Im Interesse des inneren Friedens und der Monarchie operiert der neue Bund mit so entzündender Geschicklichkeit, daß selbst der berühmte Für der Fabel den Vergleich mit ihm nicht aushält.

Der Mitunterzeichner des Gründungsaufsatzes, Herr H. Körtig-Hannover, kennt in seiner Betriebsamkeit gegen die Sozialdemokratie überhaupt keine Grenzen, wie auch das folgende von diesem Herrn erlassene Rundschreiben beweist: Hannover, 22. 11. 17. Schifferstr. 81.

Ich bitte Sie, mich gefl. umgehend wissen zu lassen, ob Sie Schriften oder Artikel besitzen, welche darlegen, wie die ausländische internationale Sozialdemokratie sich über ihre deutschen Kollegen und den Mangel an deutschem Nationalismus und an Verständnis für die eigenen wirtschaftlichen Fragen, wenn Deutschland niedergelassen werden sollte, Luftig machen (?) und wie sie dauernd die deutsche Volkswirtschaft und damit die deutsche Arbeiter bekämpfen werden.

Derartige Material wäre ja selbstverständlich für die Bekämpfung der hiesigen Sozialdemokratie sehr erwünscht und so würde ich dieser Tage von einem westfälischen Polizeipräsidenten darum ersucht.

Ihret baldigst. Antwort sehe ich gern entgegen.

Mit Hochachtung

H. Körtig.

Die Familie Körtig ist bekannt durch Teilnahme an der Verjährungskonferenz im Hotel Adlon, durch Scharfmacherei in der nationalliberalen Partei und durch Geschäfte mit der Lebensmittelhändlerin Frau Kupfer in Berlin.

Gehört übrigens die Sammlung solcher blöden Liegenmaterials etwa zur amtlichen Tätigkeit preussischer Polizeipräsidenten?

Keine rechtliche Ersatzpflicht bei Explosionskatastrophen.

Das Unglück von Adlershof.

Auf eine Anfrage Jubel (Unabh.) hat der Reichsminister folgende Antwort erteilt:

Die Feuerüberwachung hat eine rechtliche Ersatzpflicht für die bei der Explosion der chemischen Fabrik C. A. F. Kahlbaum entstandenen Schäden nicht anerkannt. Es erschien ihr aber nicht angelegentlich, die ärmere Bevölkerung auf Deckung ihrer Schäden bis zur Beendigung der Schadenersatzprozesse warten zu lassen.

Die Feuerüberwachung hat deshalb zur Vinderung der Not unter der ärmeren Bevölkerung der Gemeinde Adlershof am 17. Juli und 18. Oktober 1917 je 100 000 M. und der Stadt Köpenick am 24. September 50 000 M. zur Last auf die im Bezugswege zu erstickende Entschädigungssumme vorläufig zur Verfügung gestellt.

Im Kriege ist es leider nicht möglich, nur solche Betriebe zur Munitionsherstellung heranzuziehen, die ihrer Lage und Einrichtung nach den gesetzlichen Friedensbedingungen vollauf geruhen. Selbst Fabriken, die innerhalb bewohnter Ortschaften liegen, müssen für die Anfertigung von Munition ausgenutzt werden.

Die Feuerüberwachung hat selbst das größte Interesse daran, Explosionen und Brände, soweit menschliche Voraussicht hierzu imstande ist, durch Erlass entsprechender Sicherheitsvorschriften zu verhindern bzw. ihre Wirkungen nach Möglichkeit herabzumindern.

Zur Herabminderung der Ausbreitung dieser Sicherheitsvorschriften ist beim Kriegsamt, Stab, in Berlin eine aus den besten Sachverständigen auf diesem Gebiet bestehende Zentralstelle für die Herabminderung der Pulver- und Sprengstoffbrände, und bei jeder Kriegsamtsstelle ein Ueberwachungsamt zum gleichen Zweck errichtet worden. Besonders werden vor Errichtung von Anlagen durch die Ueberwachungsämter, denen auch der zuständige Regierung- und Gewerbeamt angehört, die Bedingungen festgesetzt, unter denen die Bau- und Betriebsbedingungen erteilt werden kann. Weiterhin ist angeordnet, daß nur die unbedingt nötigen Mengen Sprengstoffe gleichzeitig an einer Stelle vorhanden sein dürfen.

Stundensatz und Zubehörsatz sind, wie B. L. B. meldet, zu einer Besprechung mit dem Reichsminister in Berlin eingetroffen.

Zentrumskreis um Spahn's Mandat. Im bisherigen Wahlkreis Dr. Spahn, wo wegen der Ernennung des Zentrumsführers zum preussischen Justizminister Reichstagswahl stattfindet, stehen sich einstellenden zwei Zentrumskandidaten gegenüber. Zentrumsbauern rebellieren gegen den von der Parteileitung aufgestellten Sonnen-Rechtsanwalt Henry, weil er „Bodenreformer“ sei. Henry bezeichnete zwar, er habe sich befehligt, aber die Bauern halten an der Gegenkandidatur Justizrat Abs fest, der sich um den Rheinischen Bauernverein verdient gemacht habe. Das Sonnen-Zentrumblatt teilt gegen die Parteileitung auf.

Schreckensbotschaft für Redaktionen. Infolge der weiter gestiegenen Rohmaterialpreise ist, wie die „Frankf. Zig.“ hört, mit einer neuen Erhöhung der Linienspreise zu rechnen. Diejenigen Firmen, die nicht mehr über genügend Bestände und nicht mehr erhebliche Gaskassensätze verfügen, dürften in absehbarer Zeit ihren Betrieb einstellen. — Eine Schreckensbotschaft für Redaktionen. Aber wir leben monate Kollegen lächeln: sie halten durch, solange es noch Kleister gibt!

Kleine Kriemasnachrichten.

Trojans nicht entflohen. Bern, 6. Dezember. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Koblenz sind alle Nachrichten über die Flucht der Großfürstin Trojana aus der Luft gegriffen.

Letzte Nachrichten.

Das Volk bleibt unter Waffen.

Amsterdam, 5. Dezember. Das russische Bureau meldet aus Petersburg vom 1. Dezember: Trotz kündigt an, daß es den von der Front zurückkehrenden Soldaten gestattet wird, ihre Waffen zu behalten, „zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Bourgeoisie“.

Die chinesischen Wirren.

Peking, 5. Dezember. (Reuter.) Die Truppen Kweichow, die in die Provinz Szechuan eingedrungen waren, um den Truppen Hannan, die von den Truppen der Provinz Szechuan zurückgeschlagen worden waren, zu helfen, bemächtigen sich der Stadt Tschungling, eines wichtigen strategischen Punktes. Von Kanonendonnen wurde Marineinfanterie gelandet, um Leben und Eigentum der Fremden zu beschützen.

